Montag, den 13. Februar 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 37.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 13.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 45.— Mk., monatlich 15.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfallunterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11. Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3693.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk. für 1 mm Höhe und 35 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Die Vertrauensfrage an die Regierung Wirth.

Fünf Mißtrauensvoten, ein Vertrauensvotum. Abstimmung am Mittwoch.

Deutscher Reichstag.

168. Sitzung vom 11. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1,20 Uhr mit der Bestätigung eines Ordnungsrufes an den Abg. Dittmann durch den Vizepräsidenten in der letzten Sitzung.

In der fortgesetzten Besprechung der Erklärung der Reichsregierung setzte zunächst

Abg. Dittmann (Unabh.)

seine gestern unterbrochene Rede fort. Tausende von Beamten sind gemaßregelt. (Hört, hört! links.) Hier in Berlin hat die Eisenbahndirektion das Disziplinarverfahren gegen 87 Beamten eingeleitet, und ein Nachtrag steht noch aus. Nach der Uebersicht, die die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter besitzt, kommen in Groß-Berlin rund 2500 gemaßregelte Beamten in Betracht. In ganz Deutschland gibt es nach Auffassung der Gewerkschaft 25- bis 30 000 Gemaßregelte. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Vom Standpunkt der Parteiagitation aus kann ich mich darüber nur freuen. (Abg. Kopsch (Dem.): Das ist Ihnen doch die Hauptsache!) Ich fordere, daß auch die Behörden gemaßregelt werden; denn hier handelt es sich wirklich um eine Revolte der höheren Eisenbahnbureaukratie gegen ihren obersten Chef, den Reichskanzler selbst. Will Herr Gröner auch gegen diese höheren Beamten, die seine Anordnungen in gleicher Weise mißachten, das Disziplinarverfahren einleiten?

Die

deutschnationale Fraktion hat ein Mißtrauensvotum

eingebracht. Es hat folgenden Wortlaut:

„Da die Reichsregierung durch ihre bisherige schwächliche Haltung und durch ungenügenden Schutz des pflichttreuen Personals an dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst mitschuldig ist und angesichts der Feststellung, daß beim Eisenbahnerstreik die Taten des Reichskanzlers mit seinen Worten nicht übereinstimmen, hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß die Staatsautorität in den Händen der vom Reichskanzler Dr. Wirth geleiteten Reichsregierung genügend gewahrt ist und versagt infolgedessen der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf."

Auch die Fraktion der

Deutschen Volkspartei hat ein Mißtrauensvotum

folgenden Inhalts eingebracht:

„Der Reichstag mißbilligt: 1. daß der Herr Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar gegen offenbare Verstöße nicht angewendet hat, 2. daß der Herr Reichskanzler im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung mit Führern der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und Anwärtern verhandelt hat, bevor der Streik beendet war, 3. daß der Reichskanzler inbezug auf die Disziplinarbehandlung von Dienstvergehen Ausnahmen gemacht hat, 4. weil seine Handlung im Gegensatz zu seiner Rede in der Reichstagssitzung vom 10. Februar geeignet ist, die Staatsautorität zu gefährden und die pflichttreuen Beamten zu verwirren. Der Reichstag spricht deshalb dem Herrn Reichskanzler Dr. Wirth sein Mißtrauen aus."

Abg. Koch (Dem.):

Wenn der Acht-Stundentag aufrecht erhalten werden soll, dann muß er soweit wie möglich ausgenutzt werden. Die Verhandlungen über das Arbeitsnotgesetz müssen alsbald beginnen. Das Disziplinarverfahren gegen die Streikführer muß durchgeführt werden; denn die unerhörte Attacke auf unser Nationalvermögen fordert eine gerechte Sühne. Es bereitet uns Sorge, daß sogar eine Polizeigewerkschaft für die Streikenden gesammelt hat. (Rufe links: Scharfmacher!)

Reichsverkehrsminister Gröner:

Wollte ich mich durch das Auftreten des Abgeordneten Dittmann von der pflichtmäßigen Ausübung meines Amtes abhalten lassen, so wären keine Schmähworte gegen mich scharf genug. Dem Wunsche des Abgeordneten Koch entsprechend stelle ich fest, daß ich in der Frage der Disziplinarverfahren in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Kabinett bin. (Hört, hört! links.) Wenn eine Beeinträchtigung meiner Befugnisse in der Aufstellung der Richtlinien im Kabinett gesehen werden sollte, so sind diese Richtlinien von mir entworfen und haben im Kabinett nur unwesentliche Abänderungen erfahren. (Hört, hört!) Ueber die Frage der Maßregelungen herrscht zwischen dem Kabinett und mir in allen wesentlichen Punkten Uebereinstimmung. Bis jetzt habe ich in 350 Fällen Entlassung von Streikenden stattgegeben.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

(von links mit dem Zuruf begrüßt: Jetzt kommt der Mann, der das Geld bringt!, Heiterkeit.): Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen die Angriffe des Abgeordneten Dittmann auf die höhere Beamtenschaft im allgemeinen und gegen einzelne Vertreter des Finanzministeriums im besonderen wenden und die sie kränkenden Schmähungen auf das energischste zurückweisen. Das betrifft insbesondere die Anwürfe gegen den Ministerialdirektor v. Schlieben und den Geh. Ministerialrat Künnemann. Was die Sache selbst betrifft, so wurde der Teuerungszuschlag durch das Gesetz vom 30. April 1920 zunächst auf 50 Prozent der Grundgehälter, Orts- und Kinderzuschläge bemessen und vom 1. Januar 1921 ab auf 60 bis 75 Prozent. Die Regierung hat alles getan, um auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung den Bedürfnissen der Beamten gerecht zu werden. Jetzt bleibt nur noch der Weg der Ueberteuerungszuschüsse und der widerruflichen Wirtschaftsbeihilfen. Der Beamtenausschuß des Reichstages hat stets großen Wert auf eine Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden gelegt. Ich werde für ein beschleunigtes Ergebnis der Verhandlungen eintreten.

Abg. **Schirmer** (Bayr. Vpt.) lehnt ein Streikrecht der Beamten energisch ab.

Abg. **Braß** (Komm. Arbeitsgem.) fordert die Rückgängigmachung der Disziplinarverfahren und Maßregelungen, Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Beamten bei dem Eisenbahnfinanzgesetz, Erhöhung der Grundgehälter der mittleren und unteren Beamten.

Damit schließt die Aussprache.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion gibt Abg. **Bender** die Erklärung ab, daß er für keinen der eingebrachten Anträge stimmen könne. Die Fraktion wird den Reichskanzler unterstützen und verlangen, daß er im Sinne seiner Erklärungen handelt.

Der Fall Stinnes.

Abg. **Dr. Stresemann** (D. Vpt.) weist in einer Erklärung darauf hin, daß die Angriffe, die Abg. Dittmann heute wieder gegen den Abg. Stinnes und die Deutsche Volkspartei erhoben habe, ebenso wie die ersten Angriffe der Frankfurter Zeitung, bereits durch die Deutsche Allg. Zeitung als von Anfang bis zu Ende erfunden gekennzeichnet worden sind. Herr Stinnes hat auch der Frankfurter Zeitung die verlangte Erklärung geschickt. Herr Stinnes hat vor seiner Reise nach London den Reichskanzler über ihren Zweck eingehend informiert und nach seiner Rückkehr den Reichskanzler und Minister Rathenau über seine Verhandlungen in London unterrichtet. Zum Schluß weist der Redner auf das entschiedenste die Behauptung zurück, daß Herr Stinnes im Auswärtigen Ausschuß private Interessen vertrete und daß die Fraktion ihm dazu Gelegenheit gibt.

Abg. **Dittmann** (Unabh.) bleibt bei seinem Verlangen, daß ein Untersuchungsausschuß gegen Stinnes eingesetzt werde.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die Regierung braucht volle Klarheit. Leider ist diese mit der Ablehnung der fünf Mißtrauensanträge nicht geschaffen. Deshalb ersucht die Regierung die Parteien um ein positives klares Vertrauensvotum. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. **Marx** (Zentr.) beantragt, nunmehr die Abstimmung zu vertagen, damit auch die Mitglieder der Regierungspartei, die an den äußersten Grenzen des Reiches wohnen und infolge der Verkehrsstörungen noch nicht in Berlin eintreffen konnten, an der Abstimmung teilnehmen können.

Inzwischen haben die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum folgendes

Vertrauensvotum

eingebracht: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.

Der Vertagungsantrag Marx wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. (Gelächter und Zurufe links.) Die Abstimmung soll am Mittwoch nachmittag 4 Uhr stattfinden.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag nachmittag 2 Uhr: Anträge, Reichsmietengesetz.

Schluß 6¼ Uhr.

Stegerwald zur Frage der deutschen Volksgemeinschaft.

Am Sonntag abend fand in Bochum ein politischer Abend von nicht zu unterschätzender Bedeutung statt. Der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald sprach als Führer seiner Organisation in dieser Organisation, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, über die Frage der deutschen Volksgemeinschaft, gewissermaßen als Ergänzung, Erweiterung und Rechenschaftsbericht über die von ihm in Essen aufgestellten Theorien der sogenannten christlichen Solidarität. Leider erfuhren die innerpolitisch hochbedeutsamen Ausführungen Stegerwalds eine stellenweise Verdunkelung durch die politische Hochspannung, die der soeben zu Ende gegangene Eisenbahnbeamtenstreik geschaffen, durch die örtliche Neigung, die vielen gewerkschaftlichen Differenzpunkte, die dieser Streik an das Tageslicht befördert, in der Diskussion und schon durch Zwischenrufe an den Redner auszutragen. Bei der nicht wegzuleugnenden Bedeutung, die die Stegerwaldschen Theorien in den innerpolitischen Kämpfen, in der innerpolitischen Entwickelung der nächsten Jahre in Deutschland einnehmen werden, ist diese örtliche Abweichung von dem Kernpunkt der Frage in dieser Versammlung eigentlich zu bedauern. Ohne die in ihrem Wesenskern eigentlich recht unfruchtbare Differenzaustragung zwischen christlichen Gewerkschaften und Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner über den verflossenen Eisenbahnbeamtenstreik wäre sicherlich in der Aussprache über das hochbedeutsame Stegerwald'sche Staatsproblem selbst noch manches Bedeutsame zum Ausdruck gekommen, was so leider unterblieben ist.

Das Zentrum, dem Stegerwald als einer der markantesten Führer der Gegenwart angehört, ist unbestritten seit den Revolutionstagen von 1918 neben der Sozialdemokratie die herrschende Regierungspartei im neuen Deutschland. Zentrum und Sozialdemokratie sind seit dem 9. November 1918 die beiden hauptsächlichsten Kommanditgesellschafter, die je nach der augenblicklichen Geschäftslage in dieser zerfahrenen politischen Zeit, bald gemeinsam die Reichsleitung führten, bald der eine, bald der andere allein die Reichsleitung übernahmen. Innerhalb dieses Zentrums gilt ebenfalls unbestritten nach der Meinung der politischen Welt Deutschlands der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald als der entgegengesetzte Pol in der Zentrumsströmung, der der augenblickliche Reichskanzler des Deutschen Reiches, der Zentrumsmann Dr. Josef Wirth, zuzuzählen ist. Ist innerhalb der Zentrumspartei Dr. Wirth der am meisten nach links stehende Außenturm, so ist ebenfalls unbestritten Stegerwald eine starke Position, wenn nicht gar der markanteste Vertreter dieses Bollwerkes selbst auf der rechten Seite dieser Partei. Stegerwald ist ferner — und das darf bei einer Be- und Auswertung des hochwichtigen Essener Stegerwald-Programmes nie vergessen werden — in erster, ja man kann ruhig sagen, in einziger Linie Gewerkschaftsbeamter, Vertreter der durch die christlichen Gewerkschaften gegebenen rein gewerkschaftlichen Auffassung der Dinge. Stegerwald hat diese seine Auffassung im Gewerkschaftler seine Lebensaufgabe zu erblicken, nicht nur selbst zu unzähligen Malen betont, er hat auch bei der Niederlegung des preußischen Ministerpräsidiums selbst als einen der Hauptgründe für diese seine Handlung angegeben, sich als Leiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Durchführung des Essener Programms besser widmen zu können, wie als preußischer Ministerpräsident. Stegerwald ist aber ferner, wenn man seine staatsmännischen Aussprüche und Handlungen in einem Gusse kritisch bewertet, ein Vertreter der reinen Demokratie, nicht etwa in dem Sinne der Demokratie nach der neudeutschen Weimarer Verfassung, sondern in dem Sinne der im politischen Leben geltenden Theorie von der demokratischen Auffassung der Dinge. Es ist ein stark hervorstechendes Kennzeichen für die augenblickliche Besonderheit der politischen Lage in Deutschland, daß diese klare Vertretung der theoretischen Demokratie als rechtsaußenstehend in der Regierungsmaschinerie bewertet wird und bewertet werden muß.

Der Gewerkschaftler Stegerwald ist unter den neudeutschen Regierungsmännern seit 1918 ohne jeden Zweifel ein Staatsmann. Das kann von keinem politisch Einsichtigen bestritten werden, und noch mehr, es darf gar nicht bestritten werden von einem jeden, dem der Wiederaufbau des Vaterlandes — „das Retten des nackten Lebens", wie Stegerwald sagt — ernstlich am Herzen liegt. Die staatsmännischen Absichten Stegerwalds, wie sie im Essener Kongreßprogramm ihren Niederschlag ge-

Steuerkompromiß und Koalitionserweiterung.

Die interfraktionellen Verhandlungen am Samstag, an denen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Demokraten teilnahmen, und die sich mit der Steuervorlage beschäftigten, haben, wie die C. P. C. mitteilt, eine grundsätzliches Uebereinkommen in allen Fragen noch nicht gebracht. Man sei aber darin einig, daß die Steuerausschüsse, soweit sie mit der Arbeit noch nicht fertig sind, die unterbrochenen Beratungen sofort wieder aufnehmen sollen. Auch die Frage der Koalitionserweiterung sei in den Besprechungen berührt worden. Aber auch darin wurde noch keine Entscheidung gefaßt. Wie der Lokalanzeiger sogar wissen will, soll die große Koalition im gegenwärtigen Augenblick überhaupt nicht in Betracht kommen.

Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Von französischer Seite wird die in Berlin verbreitete Meldung, daß die Botschafterkonferenz die Aufhebung der Kontrolle über die deutsche Militärluftschiffahrt beschlossen habe, dementiert. Die Botschafterkonferenz habe keinen Beschluß dieser Art gefaßt. Es sei lediglich ins Auge gefaßt worden, das gegenwärtige Kontrollsystem abzubauen und dafür, wenn auch weniger scharfe, dafür aber permanente Kontrolle einzurichten.

Da der Versailler Vertrag eine solche Dauerkontrolle nicht vorsieht, findet gegenwärtig ein Meinungsaustausch zwischen den alliierte Knabinetten statt und es sei nicht ausgeschlossen, daß als Gegenleistung dafür die Räumung der drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von den Alliierten ins Auge gefaßt werde.

Wiederzusammentritt des preußischen Landtages.

Der Preußische Landtag tritt am Dienstag nachmittag 2 Uhr wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen kleine Anfragen, große Anfragen und Anträge betr. die Finanzverhältnisse der Gemeinden, die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Vereinigung Pyrmonts mit Preußen, die Fortsetzung der gemeinsamen Beratung der Anträge betr. die Siedler in Neu-Polen, endlich die gemeinsame Beratung unabhängiger und kommunistischer Anträge zum Eisenbahnerstreik, die durch die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten eigentlich gegenstandslos sind.

Der Fall Sepp Oerter.

Wie die „Freiheit" mitteilt, hat sich die Zentralleitung der USP. Braunschweig mit dem im Braunschweiger Volksfreund veröffentlichten Brief des ehemaligen Ministerpräsidenten von Braunschweig, Sepp Oerter, beschäftigt. Da Oerter zugegeben hat, diesen Brief „im Entwurf geschrieben" zu haben, so sieht, wie es in einer Erklärung der Zentralleitung heißt, die Sachlage fest. Die Zentralleitung hat einstimmig beschlossen, gegen Oerter sofort das Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten. Nach dem Beschluß der Zentralleitung hat Oerter sein Landtagsmandat sofort niederzulegen. Nach einer Meldung der „Freiheit" hat auch der Braunschweigische Bezirksvorstand der USP. Oerter fallen gelassen.

Hiermit ist also, wenn auch nach einer Reihe recht peinlicher Erörterungen, nach der Meinung der SPD. die Basis gegeben, für eine reinsozialdemokratische Regierung in Braunschweig mit einer Zweistimmenmehrheit.

Polen 2 Jahre an der Ostsee.

Am 10. Februar sind es 2 Jahre her, seit Polen an der Ostsee durch einen feierlichen Akt in Putzig vom Meere Besitz nahm. Aus diesem Anlaß bringen die Danziger polnischen Zeitungen große Leitartikel, in denen sie das polnische Küstengebiet an der Ostsee als die Riviera des polnischen 30-Millionen-Staates feiern. In den Leitartikeln wird besonders der inzwischen erfolgte Neubau einer Eisenbahnlinie Gdingen—Kokeschken erwähnt, die die polnische Ostseeküste an das sowjetrussische Eisenbahnnetz anschließt, sowie der Ausbau des Hafens von Gdingen und die allmähliche Organisation der polnischen Marine.

Beginn des oberschlesischen Schlußaktes.

w. Genf, 12. Febr. Der offizielle Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen, der auf den 10. 2. angesetzt war, ist auf Montag, den 13. Februar verschoben worden, da die deutsche Abordnung infolge des Eisenbahnerstreiks nicht rechtzeitig eintreffen konnte. Die polnische Delegation ist bereits eingetroffen. Am Samstag fanden die vorberatenden Besprechungen der beiden Bevollmächtigten mit dem Präsidenten Calonder statt. Der Stab der Mitarbeiter des Präsidenten soll möglichst aus Personen bestehen, die ihn auf der Reise nach Oberschlesien begleitet haben. Oeffentliche Sitzungen sind nicht geplant. Calonder legte im übrigen Wert darauf, Indiskretionen in der Presse zu vermeiden, die den Gang der Verhandlungen stören könnten.

Auch Holland und Dänemark als Finanzhelfer Oesterreichs.

In Wiener Regierungskreisen sind Meldungen eingetroffen, daß sich der englischen und französischen Kreditaktion für Oesterreich auch Holland und Dänemark anschließen werden.

finden haben, sind ein greifbarer Angelpunkt für den Wiederaufbau Deutschlands in dieser schweren Zeit, das muß auch ein jeder politisch Einsichtige aus dem rechten Lager anerkennen, der nicht in dem politischen Ideenkreise Stegerwalds sein Ideal erblickt. Stegerwald stellt in den Mittelpunkt der praktischen Ausführung seines Essener Programms das christlich-soziale Verständnis, das Sichverstehen aller in schwerer Notzeit, kurz die Vernunft einer deutschen Volksgemeinschaft „zur Rettung des nackten Lebens". Als Gewerkschaftler stellt Stegerwald in diesen Ideenkreis als ausschlaggebenden Mittelpunkt das Arbeitnehmertum, dem er im zukünftigen Deutschland, dem deutschen Volksstaate nach der Weimarer Verfassung, die Trägerrolle der Staatsgewalt zuweist. In zielsicherer Verfolgung dieser Essener Theorie stehen die Handlungen des preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald in vollkommenen Einklang mit den Bestrebungen des politisch maßgebenden Gewerkschaftsführers Stegerwald Er hat als preußischer Ministerpräsident mit anerkennenswerter Zähigkeit es abgelehnt, eine Regierungskoalition gutzuheißen, in der die Sozialdemokratie freigewerkschaftlicher Observanz die allein maßgebende Führung für sich in Anspruch nimmt, er hat es aber ebensowohl als Ministerpräsident wie als Gewerkschaftler abgelehnt, eine Regierung ohne die Sozialdemokratie als eine dauernde und den Interessen Deutschlands dienende Regierung anzusprechen. Sein Kabinett ohne die Sozialdemokratie sei nichts weiter als ein Zwangsmittel gewesen, die Sozialdemokratie zu einer vernünftigen Koalition zu zwingen. Die augenblicklich in Preußen zustande gekommene große Koalition sei als ein Erfolg seiner zäh und mit Nachdruck betriebenen Regierungstaktik zu buchen. Diese Darlegung wird durch den Gang und die Entwickelung des Kabinetts Stegerwald in Preußen klar und eindeutig gedeckt.

Die für den Arbeitsprozeß praktisch vernünftigere, in ihren Kampfauffassungen und Kampfmaßnahmen ohne jeden Zweifel maßvollere Haltung der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen als der Trägerin dieses Essener Regierungsprogrammes, gegenüber den marxistischen freien Gewerkschaften erleichtern die teilweise Auswertung dieses Essener Stegerwald-Programmes in der kommenden Praxis sehr. Wir wollen nicht verschweigen, daß wir im deutschen Wiederaufbau die allein dominierende Stellung des Gewerkschaftlers nicht für einen gerade ersprießlichen Weg halten. Die Frage des Kredites, die Frage einer praktischen Wiederaufbaumöglichkeit, die Frage einer durchgreifenden Anlehnung an die wirtschafts-politisch denkenden Mächte England und Amerika hat zur Voraussetzung das Vertrauen dieser Staaten, daß im werdenden Deutschland gegenüber dem Gewerkschaftsinteresse das Interesse des Arbeitgebertums mindestens in der Gleichberechtigung zur Gewerkschaft steht. Das ist ein durch keine Phraseologie wegzuleugnendes Fundament für jede wirkliche Kreditgewährung, für jeden wirklichen Wiederaufbau. Indessen, der nicht wegzuleugnende hohe moralische Gehalt, das tiefe soziale Verständnis dieses Stegerwald'schen Programms bieten eine Gewähr dafür, daß auch hier ein Weg der Verständigung gefunden wird, gefunden werden muß, wenn man ihn ernstlich finden will.

Wer es wirklich gut und ehrlich mit seinem augenblicklich so schwer darniederliegenden Vaterlande meint, darf bei Erörterung dieser Dinge auch nicht davor zurückschrecken, der bitteren Wahrheit Ausdruck zu geben, daß ein vielfach bekundetes soziales Unverständnis in den Kreisen mancher Arbeitgeber mit eine Hauptursache der augenblicklichen katastrophalen Zustände in Deutschland ist. Aufrichtigen Herzens wünschen wir in dieser schweren deutschen Notzeit dem deutschen Arbeitgebertum einen Wirtschaftsführer, der ebenso wie Stegerwald für die christlichen Gewerkschaften die Betonung und Durchdringung des wahren sozialen Sinnes in den Mittelpunkt seiner Bestrebungen und Handlungen stellt. Wir können bis zum Inbrest den Gedankengängen des Gewerkschaftlers Stegerwald nicht folgen. Wir haben aber die Hoffnung und das Vertrauen, daß die wiederaufbauenden Kräfte im Arbeitgebertum ebenso wie der von vollem sozialem Empfinden durchdrungene Staatsmann Stegerwald Mittel und Wege zu einer Verständigung auf diesem Wege finden werden, die geeignet sind, das deutsche Elend zu meistern.

R—r.

Der Bankerott der staatlich verwalteten Eisenbahnen.

Von einem Fachmann wird uns geschrieben:

Der Eisenbahnerstreik hat in allen seinen Stadien von Anfang bis zu Ende ein derartiges Versagen der staatlichen Betriebsleitung gezeigt, daß die Frage der Entstaatlichung unbedingt wieder erneut in Angriff genommen werden muß. Daß die staatliche Verwaltung überhaupt nicht in der Lage ist, einen Eisenbahnbetrieb wirtschaftlich und zweckmäßig zu leiten, zeigt die nachfolgende Aufstellung; bei ihr ist besonders interessant, daß gerade die Länder, die während des Krieges den Eisenbahnbetrieb in staatliche Regie übernommen haben, infolge der schlechten Erfahrungen ihn schleunigst wieder in private Leitung überführen mußten, dabei aber sehr erhebliche Summen zuzuzahlen gezwungen sind, um die während der staatlichen Verwaltung angerichteten Schäden zu decken.

In England, wo auch die Eisenbahnen im Kriege unter staatliche Leitung gestellt waren, jetzt aber den privaten Gesellschaften zurückgegeben worden sind, betrug der reine Betriebsüberschuß im vorigen Jahre 2 Millionen Pfund; aber die Dividenden konnten damit nicht gedeckt werden, und es waren auf Staatskosten 46 Millionen Pfund zuzuzahlen. Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, für die nächsten beiden Jahre 60 Millionen Pfund als Ausgleich der Forderungen für rückständige Unterhaltungskosten aus der Kriegszeit zuzuzahlen. Auch in Frankreich sind die Eisenbahnen im Kriege unter staatlicher Verwaltung gewesen; jetzt sind sie den Gesellschaften zurückgegeben worden. Die französischen Bahnen haben große Schwierigkeiten mit dem Personal, und es ist vielleicht von Interesse, daß in der Zeit vom 1. Januar bis Mitte vor. Jahres 25 000 Mann entlassen wurden. Die Gesellschaften sollen sich durch kräftige Tariferhöhungen helfen; wenn das nicht genügt, so sollen staatliche „Vorschüsse" gegeben werden, was nichts anderes ist als staatliche Zuschüsse. Im Jahre 1920 betrug der Fehlbetrag 4 Milliarden Franken. In Amerika ist gleichfalls der Staatsbetrieb in ähnlicher Weise wieder aufgehoben worden; der zweijährige Betrieb hat den Vereinigten Staaten 900 Millionen Dollar gekostet.

Die dänischen Staatsbahnen schlossen im Jahre 1920 mit 54,2 Millionen Kronen Fehlbetrag ab. Die dänischen Privatbahnen konnten ungefähr die gleiche Summe als Ueberschuß buchen. Die belgischen Staatsbahnen hatten 1920 einen Fehlbetrag von 400 Millionen Franken. Der Ungarische Voranschlag für 1920 weist 1185 Millionen Kronen Fehlbetrag auf. Jugoslavien schätzt den Fehlbetrag für 1920 auf 952 Millionen Dinar. Die Nöte der Südbahnen sind hinreichend bekannt und, um eine kleinere Bahn zu nennen, die Prinz-Heinrich-Bahn bucht 1920 einen Verlust von 10 Millionen Franken. Die Schweizer Bundesbahnen sind in besserer Lage, sie haben 1920 einen Betriebsüberschuß von 35,7 Millionen Franken gehabt. Allerdings erscheint in ihrer Bilanz infolge des Uebertrages der Fehlbeträge früherer Jahre ein Verlustvortrag auf neue Rechnung von 92,7 Millionen. Der Voranschlag für 1922 errechnet eine Mehreinnahme von 156 Millionen Franken und einen Verlustvortrag von 48,9 Millionen Franken.

Damit nicht Verdacht entsteht, als ob die obige Zusammenstellung tendenziös sei und von einem Freunde der Entstaatlichung der Eisenbahn herrühre, sei darauf verwiesen, daß sie einem Aufsatze von Oberregierungsrat Dr. Homberger „Die wirtschaftliche Lage der Reichsbahnen" im Archiv für Eisenbahnwesen entstammt, in dem der Nachweis der Notwendigkeit der Beibehaltung des Staatsbetriebes zu führen versucht wird. Ob dieser Versuch gelungen ist, darüber mag sich der Leser selbst ein Urteil bilden.

Hg.

Der Entwurf eines Personenschäden-Gesetzes.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die vielfachen Schäden an Leib und Leben der Zivilbevölkerung, die durch die russischen Einfälle in Ostpreußen und die sich steigernden Angriffe feindlicher Flieger auf das Reichsgebiet verursacht wurden, veranlaßten im Jahre 1916 ein Gesetz über die

Feststellung von Kriegsschäden

im Reichsgebiete, das eine genaue Feststellung der durch den Krieg verursachten Beschädigungen vorschrieb und eine Entschädigung in Aussicht stellte. Trotz der von Anfang an erkannten Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung dieser Frage stellten sich aber der Ausführung immer neue Hindernisse entgegen, deren genaue Kennzeichnung hier zu weit führen würde. Die Landesregierungen versuchten nach Vereinbarung mit dem Reich, der dringendsten Not durch Gewährung von Vorentschädigungen an die Verletzten und die Hinterbliebenen der Getöteten zu steuern; ein Zustand, der natürlich auf die Dauer unhaltbar war. Während die durch den Krieg und den Friedensschluß verursachten Vermögensschäden wegen ihrer sachlichen Verschiedenheit in mehreren Gesetzen geregelt sind, will der neue Entwurf, der zur Zeit im 19. Ausschuß des Reichstages beraten wird, die

durch den Krieg veranlaßten Personenschäden

einheitlich in einem umfassenden Gesetze regeln, ohne Rücksicht darauf, ob die körperlichen Schäden im Inlande, im Auslande oder in den deutschen Kolonien verursacht worden sind, oder ob die Schäden unmittelbar durch den Krieg selber bewirkt oder durch die unmittelbaren Folgen des Krieges entstanden sind. Die aufs äußerste angespannte Finanzlage des Reiches sowie das Militärversorgungsgesetz vom Jahre 1920 verbieten eine so weitgehende Entschädigung, wie sie an sich zu wünschen wäre.

Der Entwurf hält sich im allgemeinen an die Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes von 1920. Da die Militärversorgungsberechtigten ihre Ansprüche erst vom 1. April 1920 an geltend machen können, so können die Zivilpersonen aus Gerechtigkeitsgründen ebenfalls erst von diesem Zeitpunkt ab ihre Entschädigung empfangen.

Der Begriff der Beschädigungen

ist sehr weit gefaßt. So fallen darunter auch die Operationen polnischer Banden während der Aufstandsbewegung im Osten, die Schädigungen durch Internierungen und Fortführung als Geiseln (besonders während der Besetzung Ostpreußens durch die Russen oder des Elsasses durch die Franzosen zu Beginn des Krieges). Der Entwurf umfaßt auch sämtliche reichsangehörige Zivilpersonen, die freiwillig oder unfreiwillig von deutschen Behörden für Zwecke der Kriegführung, z. B. Straßen- oder Brückenbewachung, verwandt worden sind. Auch die Besatzungsschäden an Leib oder Leben, die durch Schießereien, rücksichtsloses Automobilfahren von Angehörigen der Ententetruppen oder durch Gesundheitsstörungen, verursacht durch Unterbringung in unzulänglichen Gefängnissen oder durch irgend einen Uebergriff der Besatzungsbehörde, fallen unter diesen Entwurf. Ebenso die körperlichen Schädigungen, die im

unbesetzten Reichsgebiet

durch Uebergriffe der Organe der verschiedenen Ententekommissionen verursacht sind. Beschädigten, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird nur Heilbehandlung gewährt; ein Anspruch auf Rente steht ihnen nicht zu. Die durch den Entwurf festgesetzte Rente richtet sich nach den im Reichsversorgungsgesetz festgesetzten Renten, und zwar beträgt sie:

25 v. H. der Reichsversorgungsgesetz-Rente bei Vollendung des 14. Lebensjahres;
50 v. H. bei Vollendung des 15. Lebensjahres;
75 v. H. bei Vollendung des 16. Lebensjahres;
100 v. H. bei Vollendung des 18. Lebensjahres.

Im übrigen sind die Bestimmungen ähnlich wie die des Reichsversorgungsgesetzes. Die durch die Länder gewährten Vorentschädigungen sollen den Beschädigten auf ihre Rente angerechnet werden. Die Länder erhalten die von ihnen gewährten Vorentschädigungen vom Reich zurückerstattet. Da infolge einer strengen Anwendung des Gesetzes sich Härten herausstellen können, soll die Reichsregierung ermächtigt werden, in derartigen Fällen einen angemessenen Ausgleich eintreten zu lassen.

Um Genua.

Nichtoffizielle Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua.

Der Korrespondent der „Times" in Washington bestätigt, daß Amerika voraussichtlich nichtoffiziell an der Konferenz von Genua teilnehmen wird. — Aus Washington wird hierzu gemeldet: Die Antwort Hardings an die italienische Regierung auf die Einladung zur Genueser Konferenz wäre bei dem amerikanischen Vertreter in Rom eingetroffen und werde in diesen Tagen der Konsulta übergeben. Harding sage darin, er bedauere, daß die Reparationsfrage und die Frage der Rüstungsverminderung auf der Konferenz nicht erörtert werden sollen. Eine Lösung dieser Fragen werde aber eine Bedingung für die glückliche Lösung der Fragen hinsichtlich der Wiederherstellung Europas sein.

Das französische Memorandum über Genua noch nicht in Berlin überreicht.

Das Memorandum der französischen Regierung, das die französischen Bedingungen für Genua enthält, ist in Berlin noch nicht überreicht worden. Da das Deutsche Reich an der Konferenz von Genua teilnehmen wird, ist zu erwarten, daß die Note auch der Berliner Regierung zugestellt werden wird. Die Vertagung der Konferenz von Genua fällt nach Anschauung der zuständigen Stellen nicht sonderlich ins Gewicht. Sollte Poincarees Vorschlag einer Vorkonferenz zusprechen, so würde Deutschland mit allem Nachdruck verlangen, an der Konferenz teilzunehmen, da es sich um europäische Lebensfragen handelt, die ohne Deutschlands Mitarbeit nicht gelöst werden können. Nach dem in Cannes aufgestellten Grundsatz der Achtung vor der Souveränität der Staaten müßte Deutschland gleichfalls jeden Versuch energisch zurückweisen, der die Möglichkeit einer innerpolitischen Wandlung Deutschlands auszuschließen sucht.

Die Genuanote geht nicht nach Moskau.

„Petit Parisien" teilt mit, daß die Note Poincarees Moskau nicht zugestellt werden wird, weil Frankreich dort nicht diplomatisch vertreten sei.

Das englische Kabinett und die französische Genuanote.

Das englische Kabinett hat sich mit der französischen Genuanote beschäftigt. Hierzu meldet Reuter halbamtlich, England werde gegen eine kurze Verschiebung der Konferenz von 1 bis 2 Wochen nichts einzuwenden haben, wenn eine der alliierten Regierungen das aus bestimmten Gründen erbitten müsse. Bisher ist noch kein Grund politischer oder technischer Art aufgetaucht, der eine Vertagung rechtfertigen könnte.

Der neue amerikanische Botschafter für Berlin.

wtb. **Washington**, 12. Febr. Der Senat hat die vom Präsidenten vollzogene Ernennung von Alanson Houghton zum Botschafter in Berlin bestätigt.

Kleine Nachrichten.

wtb. **Leipzig**, 12. Febr. Im Gebäude der Leipziger Neuesten Nachrichten brach Feuer aus, das an den Papiervorräten reichliche Nahrung fand. Gegen Mitternacht gelang es der Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Betrieb kann voll aufrechterhalten werden.

Königsberg, 12. Febr. In Bischofsburg sind drei Kinder, die sich in einem verschlossenen Zimmer befanden, bei einem Ofenbrand erstickt.

TU. **Paris**, 12. Febr. Die hiesigen Ausgaben der englischen und amerikanischen Blätter müssen seit gestern infolge eines Streikes der Setzer ihr Erscheinen einstellen. Das technische Personal verlangt eine Lohnerhöhung von 49 Franks wöchentlich, die von den Verlegern bisher abgelehnt wurden.

wtb. **Stockholm**, 12. Febr. Der schwedische Reichstag bewilligte nach längerer Debatte 20 Millionen Kronen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1922.

Bezirksparteitag der Zentrumspartei.

Bochum-Witten-Hattingen-Wattenscheid.

L **Bochum**, 12. Febr. Im Schützenhof fand heute der Bezirksparteitag des Zentrums von Bochum, Witten, Hattingen und Wattenscheid statt. Generalsekretär der Westf. Zentrumspartei Brand-Münster sprach über:

Das Zentrum und die anderen Parteien.

Die Erfüllungspolitik Wirths sei die einzig richtige. Wenn die Deutsche Volkspartei Cannes und Genua als weltwirtschaftliche Notwendigkeiten ansehe, so hätten diese durch die Politik Wirths eine Beschleunigung erfahren. Das Zentrum habe eine starke moralische Pflicht nach jeder Hinsicht das Kabinett Wirth zu stützen. (Lebhafter Beifall.) Das Zentrum vertrete den Gedanken der großen Koalition im Reiche unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Es scheine aber aus den Ereignissen der letzten Wochen, daß diese Partei immer weniger koalitionsfähig wird.

Abg. Dr. Höfle sprach über neue Steuern unter kritischer Würdigung der innerpolitischen Lage und des Eisenbahnerstreiks. Die Steuerkompromißvorschläge scheine von einer neuen abgelöst zu werden, da sich anscheinend die Deutschen Volkspartei nicht mehr daran gebunden hält. Der Redner verteidigte eingehend die Haltung des Reichskanzlers im Eisenbahnerstreik. Wenn die Rechte ihm Schwäche vorwerfe, daß er durch die Spitzenverbände mit der streikenden Gewerkschaft verhandelt, so tue sie ihm Unrecht. Bezüglich der Lage im Parlament meinte der Redner, daß sie sich derart zugespitzt habe, daß man bisher nicht übersehen könne, wie die Abstimmung im Reichstag am Mittwoch sich gestalten werde. Die Entscheidung liege bei der D. V. In der Frage der Umsatzsteuer vertrete die Zentrumsfraktion die Ansicht, daß freier Handel und Genossenschaften gleich zu behandeln seien. Wenn die Deutsche Volkspartei sich vom Steuerkompromiß zurückziehen wolle, so könnten nur persönliche Gründe dafür maßgebend sein. Bei dieser Haltung der D.-V. sei es gut, mit der Wahrscheinlichkeit einer Reichstagsauflösung schon jetzt zu rechnen. Zum Schlusse polemisierte der Redner scharf gegen die Haltung der Dn. V. Das Zentrum werde stets das Vaterland über die Parteiinteressen stellen.

Der Rede folgte eine lebhafte Aussprache

Soziales Leben.

Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe blieb bis zur Mitte der Berichtswoche (29. 1. bis 4. 2.) unverändert. Der Ende der Woche eingesetzte Eisenbahnerstreik hat für den westfälischen Bezirk die zwischenörtliche und zwischengebietliche Arbeitsvermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise erheblich eingeschränkt.

Die Lage auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt hat sich gegenüber den Vorwochen nicht wesentlich verändert. Abgesehen von dem naturgemäß noch vorhandenen Hauerbedarf bestand nur für einige Schachtanlagen, bei denen Neuanlegungen vorgenommen wurden, ein Bedarf an ungelernten Leuten, der aber durch Heranziehung vorhandener lediger Erwerbsloser leicht gedeckt werden konnte.

Metallindustrie. Die Kohlenbelieferung der Hochofenbetriebe und Stahlwerke im Siegerländerbezirk hat sich in den letzten Tagen wesentlich verschlechtert. Die Geisweider Eisenwerke in Geisweid und die Charlottenhütte in Niederscheiden mußten in verschiedenen Abteilungen den Betrieb einstellen. Zum Teil werden die Belegschaften mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Falls eine weitere Verschlechterung in der Brennstoffversorgung eintritt, muß mit Arbeiterentlassungen gerechnet werden. Die übrigen metallverarbeitenden Betriebe sind noch mit Kohlen versorgt und bei genügenden Aufträgen voll beschäftigt. Vom Arbeitsnachweis Münster werden Eisendreher, Former und Maschinenschlosser dringend gesucht. Ebenso mangelt es im Bezirk Menden an Gelbgießern, Metalldrückern und älteren Schlossern.

Im Baugewerbe ist bei milderer Witterung die Bautätigkeit etwas reger geworden. Maurer waren vielfach gesucht. Im Malergewerbe dagegen war infolge der für dieses Gewerbe ungünstigen Witterungsverhältnisse die Beschäftigungsmöglichkeit allgemein nur schwach.

Die Arbeitsmarktlage im Tiefbaugewerbe hat sich gegenüber den Vormonaten verschlechtert und stand im Januar hauptsächlich unter dem Zeichen des Frostes. Laufende Arbeiten gehen größtenteils ihrer Vollendung entgegen: Neuaufträge gehen sehr spärlich ein.

In der Zementindustrie wird der Geschäftsgang bei Vorliegen reichlicher Aufträge durchweg als gut bezeichnet. Auch hier wird über ungenügende Brennstoffversorgung (Wagenmangel) geklagt.

Kunst und Wissen.

Dritte Literarische Morgenfeier.

In Fortsetzung der Literarischen Morgenfeiern besprach Intendant Dr. S. Schmitt gestern die Zeit der englischen Komödianten. Ausgehend von den zwei großen geistigen Bewegungen, die im 16. Jahrhundert die Umwandlung der bestehenden Anschauungen bewirkten, Renaissance und Reformation zeigte er, wie sich in den romanischen Ländern die Liebe zur Antike auch in der dramatischen Dichtung den Weg bahnte, während die Reformation die germanischen Länder freimachte und hier die Entwicklung an die alte germanische Heldenverehrung anknüpfte. England war der Entwicklung günstig, während in dem national und religiös nicht einigen Deutschland die geistige Neuströmung vorerst keinen Boden fand. In Shakespeare erstand den Engländern der große Dichter-Schauspieler, der die zweite Blütezeit der dramatischen Literatur heraufführte. Mit ihm hatte England plötzlich sein Theater, die Dilettantenschauspieler wurden von Berufsschauspielern abgelöst. Solche englischen Komödianten kamen auch nach Deutschland, wo sie die von Shakespeare für den Tagesgebrauch der Bühne geschriebenen großen Dichtungen, jämmerlich verhunzt und zu üblen Possen herabgewürdigt, auf den primitiven Bühnen in den deutschen Städten aufführten.

Um dem Publikum einen Begriff von dem Theater der damaligen Zeit zu geben, wurde hierauf die Wiedergabe des Shakespeareschen Hamlet durch die „englischen Komödianten" in Deutschland nach einer von Ekhof aufbewahrten Handschrift geboten. Es war eine köstliche Stunde der Unterhaltung, der wir hier teilhaft wurden. „Der bestrafte Brudermord" oder „Prinz Hamlet von Dänemark" war ein so echter Abklatsch der damaligen Zeit, daß man der Leitung für seine Vermittlung dieses Eindrucks nur danken kann. Die Bühne war zu einem Straßeneckplatz mit zwei Häuserfronten und einem Mittelhaus hergerichtet. Vor dem Mittelhaus die Bühne, in den geöffneten Fenstern, links, rechts, oben und unten, und am Boden vor der Bühne, das Publikum. Das Spiel ganz auf den Ton der Zeit eingestellt, übelstes Pathos, entsprechendes Mienenspiel und dazu passende Arm- und Beinverrenkungen. Die Spieler allesamt mit Lust bei der Sache. Edelbert Gareis ein aus der Backstube entsprungener Geist des Königs, Willi Schröder ein gottvoller König Erico. Einfach köstlich Viktor Ahlers als Hamlet, „entzückend" Heinz Vos als Königin Sigrie, nicht minder jungfräulich liebreizend Hans Simshäusers Ophelia. Ein Bild für Götter Kottenkamps Hofmarschall Corambus, auch ein Bild, aber für sich, der hohe Freund Horatio Ludwig Derus. Und weiter noch die Herren Sanderson, Wagner, Schneider, Eugen Herbert, Willi Busch, Krone-Matzenauer, Beug und Schmidt. Sie taten alle, was sie konnten und hatten selbst ihren Mordsspaß dabei. Das Publikum nicht minder. Es klatschte so lange, bis auch Dr. S. Schmitt sich zeigte und seinen Dank für diesen heiteren Mittag abgekriegt hatte.

W. L.

Die Haaß-Berkow-Spiele

kommen nach Bochum, um am 16., 17. und 18. Februar ihre mittelalterlichen Mysterienspiele uns darzubieten. O. Göhling schreibt in seinem Buch „Feiernde Jugend": Man hört viel, zumal unter der Jugend, von den eindrucksvollen mittelalterlichen Mysterienspielen (Mysterium von ministerium, Minstrel) der Haaß-Berkow-Schar. Die sol-

genden Ausführungen dürften darum von Interesse sein.

Gottfried Haaß-Berkow war bis zum Kriegsausbruch Schauspieler bei Reinhardt und Moissi, ohne indessen sein künstlerisches Wollen mit dem der Genannten irgendwie gleichzustellen. Die Darsteller des „Christusgeburt-Spieles aus Oberufer", das im Dezember 1914 unter Haaß-Berkows Leitung in Göttingen aufgeführt wurde, waren zum ersten Male keine Berufsschauspieler, sondern Studenten und andere künstlerisch interessierte junge Menschen. Nach dem Kriege gelang es Haaß-Berkow, aus früheren Spielern eine ständige Gesellschaft zusammenzustellen. Sie wurde seither von Hochschulen, Jugendpflegestellen und Jugendämtern, von Bildungsausschüssen der Gewerkschaften (Arbeiter-Sondervorstellungen) und ähnlichen Körperschaften, von Stadt- und Landbehörden, von der Studentenschaft und von einzelnen Kunstfreunden gerufen."

Die Haaß-Berkow-Schar befindet sich augenblicklich auf einer Spielfahrt durch unser Industriegebiet und ist von einigen schnell entschlossenen Bochumer Jugendkreisen in unsere Stadt gerufen worden. Wer sich noch an das im vorigen Jahre vom evang. Jugendpfarramt in der Pauluskirche veranstaltete Krippenspiel erinnern kann, wird eine schwache Vorstellung von dem erhebenden religiös-künstlerischen Eindruck der alten Mysterienspiele haben. Es ist ein Verdienst der Jugend, die religiöse Kunst des Mittelalters wieder für uns fruchtbar gemacht zu haben. Die Haaß-Berkow-Spiele bieten uns echte deutsche Volkskunst und tiefinnerliche deutsche Frömmigkeit. Ich lege Wert darauf, zu betonen, daß wir bei diesen Spielen kein „Theater" im gewöhnlichen Sinne, sondern eine tief zu Herzen gehende Feier werden erleben dürfen.

Schirmacher, Jugendpfarrer.

Essener Theaterbrief. Die unter St. Fuchs Intendanz stehenden städtischen Bühnen entwickeln sich recht erfreulich zur Höhe. Gegenwärtig beschäftigt die Oper eine völlige Neuinszenierung des Wagnerschen „Ringes". Die von den Herren F. Drost musikalisch und H. Grohe szenisch schon bereitgestellte Aufführung „Rheingolds" trug die Spuren sorgsamer und einsichtiger Durcharbeitung an sich, deren springender Punkt das Bestreben bildete, ein musikalisch köstliches Märchenspiel zum Unterbau einer Weltragödie zu gestalten, es mit anderen Worten zu vermenschlichen, unserem Herzen nahe zu bringen. Karl Wilds bühnentechnische Bearbeitung der drei Bilder ermöglichte die pausenlose Abwicklung des Geschehens. Die Verwandlungen vollzogen sich bei geöffnetem Vorhang, da durch geschickt stilisierte, das Monumentale betonende Wandeldekorationen der Weg von der Ober- zur Unterwelt illusionskräftig angedeutet wurde. Besondere Vorzüge barg die Einbeziehung des laufenden farbigen Lichtbildes, welches das Wellenspiel in der Rheintöchterszene auf einem senkrecht hängenden Schleier täuschend nachahmte und über die Rheinlandschaft gewitterschwangere Wolken lagerte, aus denen sich am Ende inmitten des Regenbogens wie eine Fata morgana die aus mächtigen Quadern gefügte Burg Walhall erhob. Die Lösung muß glänzend genannt werden, wahrt sie doch vom architektonischen und malerischen Gesichtspunkt betrachtet, durchaus die Einheitlichkeit mit den darstellerischen Forderungen. Unter den Hauptrollenvertretern brachte Adolf Gröbke als Loge das wertvollste stimmliche und darstellerische Material mit. Sonst verdienen noch Hans Spies (Wotan), Leo de Leeuwe (Mime), Auguste à Brassard (Freia), Ottilie Schott (Fricka) und das Rheintöchterterzett (Käthe Breuer, Luise Steuer, Kath. Eichenberg) anerkennend genannt zu werden. — Aus der übrigen Opernreihe sei noch eine Aufführung der „Zauberflöte" erwähnt, die Auguste à Brassard (Pamina) und Peter Seltsam (Tamino) selten günstige Auswirkungsmöglichkeiten ihrer sympathischen Mittel gab. — Im Schauspiel vollbrachte Marielotte Lensing eine überragende Leistung als Klara in Hebbels „Maria Magdalena". Dem wackeren Eintreten Dr. Sulz für Wilh. von Scholz Seelenproblematik war nach einer tiefschürfenden Einführung in des Dichters „Wettlauf mit dem Schatten" die Wiedergabe des Werkes unter G. Keunes reif gestaltender Regie zu danken. Endlich mag noch eines wertvollen Abends gedacht werden, der nach Studienrat Rohlfings einführenden Worten über Burtes Schaffen mit der Bühnendichtung „Katte" bekannt machte. Auf dem Gebiete literarischer Morgenfeiern begegnete man der von Dr. Murawsky verständnisvoll besorgten Neubelebung des Lustspiels „Der junge Gelehrte" von Lessing.

Pfitzners Romantische Kantate „Von deutscher Seele" hatte am 11. und 12. Februar während ihrer Aufführung im Essener Musikverein unter Max Fiedlers Leitung vor ausverkauftem Hause nachhaltigen Erfolg. Wir kommen auf die Wiedergabe im Essener Musikbrief näher zurück.

Gerichtszeitung.

Der Kommunistenführer Epstein vor Gericht.

s. Vor der Essener Strafkammer hatte sich am vergangenen Donnerstag der Kommunistenführer Eugen Epstein unter der Anklage der Aufreizung zum Klassenkampf zu verantworten. Die Anklage lautete ursprünglich auf Hochverrat. Sie ist nachträglich in dieser Form fallen gelassen worden. Die Verhandlung zeichnete nicht nur eine einzelne Episode aus der bewegten politischen Tätigkeit des Angeklagten aus den Sturmtagen der Revolution. Nachdem der Angeklagte aus dem Heeresdienst entlassen war, griff er alsbald bestimmend in die revolutionäre Bewegung im hiesigen Industriegebiet ein und riß nach und nach eine der Führerrollen an sich. Aber das Glück war recht wankelmütig. Es bildete sich zeitweilig eine starke Opposition in den maßgebenden revolutionären Kreisen gegen ihn heraus, die ihm Leisetreterei und sonstige bei den Draufgängern unbeliebte Züge zum Vorwurf machte. Immerhin zählte er nach wie vor zu den Führern der revolutionären Elemente und während der letzten Unruhen gehörte er dem sog. revolutionären Vollzugsrat als Beirat an. Nach dem Zusammenbruch der revolutionären Bewegung verschwand er wie so manche seines gleichen aus Essen und tauchte in der Folgezeit bald hier, bald dort wieder auf. Die Essener Staatsanwaltschaft fahndete nach ihm und hatte schon wegen seiner Umtriebe aus den Tagen des Kapp-Putsches einen Haftbefehl gegen ihn erlassen. Dann kam der Herbst 1920. Die Kommunisten entfalteten zu jener Zeit wieder einmal eine lebhafte Tätigkeit. Die Bolschewistentruppen befanden sich auf dem Wege nach Warschau und ihr anfänglich siegreicher Vormarsch weckte neue Hoffnung in den Reihen der deutschen Kommunisten. In diesen Tagen tauchte auch der Angeklagte Epstein plötzlich wieder in Essen als Agitationsapostel auf. Am Vormittag des 7. November 1920 fand auf dem Burgplatz in Essen eine Kommunistenversammlung statt, in der Epstein Hauptredner war. Schon kurz zuvor hatte er auf dem Gerlingsplatz in einer Massenversammlung gesprochen und eine ungemein aufreizende Rede gehalten. Der Angeklagte sprach es rückhaltlos aus, daß auch das deutsche Proletariat sich den Weg zur Macht nur dadurch bahnen könne, daß es mit der Bourgeoisie rücksichtslos aufräume, wie es die Bolschewisten in Rußland getan hätten. Nur mit der Waffe in der Hand könne man dieses Ziel erreichen. Auf Grund dieser aufreizenden Rede wurde gegen den Angeklagten ein zweiter Haftbefehl erlassen. Aber Epstein war wieder spurlos verschwunden und alle Nachforschungen der Kriminalpolizei blieben lange Zeit hindurch erfolglos, bis es vor einiger Zeit gelang, den Angeklagten in Köln zu ermitteln und zu verhaften. Nach Eintritt in die Verhandlung, zu der ein Dutzend Zeugen geladen ist, die vorwiegend aus den parteipolitischen Kreisen des Angeklagten stammen, äußert sich der Angeklagte ausführlich über seine Burgplatzrede. Er räumt ein, daß er scharfe Ausdrücke gebraucht habe. Er gibt auch zu, daß er möglicherweise von Aufruhr gesprochen haben mag, aber im allgemeinen müsse er sagen, daß der Bericht, der in der Presse über seine Rede erschienen ist, seinen Ausführungen eine Schärfe beilege, die sie nicht gehabt hätten. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten auf Grund der Zeugenaussagen aber für zweifelsfrei nachgewiesen, und beantragte vier Monate Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Verteidiger hat um Freisprechung. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Staatsanwalts von der nachgewiesenen Schuld des Angeklagten an und erkannte auf drei Monate Gefängnis. Die vom Verteidiger beantragte Haftentlassung wurde, weil der Angeklagte ständig seinen Wohnsitz zu wechseln pflegt, abgelehnt.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Konferenz von Genua.

Vorkonferenz in London oder in Paris? — Die unsichere Haltung Amerikas. — Italien auch für Verschiebung.

TU. **Paris**, 13. Febr. Die englische Regierung macht den Vorschlag, eine interalliierte Sachverständigenkonferenz nach London zu berufen, um die in Genua zu verhandelnden Fragen vorzubereiten. Die französische Regierung wünscht dagegen, daß diese Konferenz in Paris stattfinde.

D. **Paris**, 13. Febr. Die sich widersprechenden Meldungen über die Haltung der amerikanischen Regierung zur Konferenz von Genua dauern an. Das Reuterbüro erfährt aus Washington, daß die amerikanische Regierung ein genaues Exposee über die offizielle Haltung Frankreichs zu der Konferenz erwartet und daß unterdessen eine amerikanische Antwort auf die italienische Einladung zur Konferenz in Genua verschoben wurde. Wenn die amerikanische Antwort an die italienische Regierung noch nicht erfolgt ist, obgleich sie angekündigt worden war, so wird diese erneute Verzögerung auf den Versuch Poincarés zurückzuführen sein, die Konferenz zu verschieben. Andererseits erfährt Radiobüro aus Washington, daß die französische Note über die Verschiebung die Lage geändert habe und auch die schwankende und zögernde Haltung einiger anderer Mächte trüge dazu bei, daß die Haltung der amerikanischen Regierung noch vollständig unsicher sei.

D. **Paris**, 13. Febr. Nach einem Telegramm des Antwerpener „Neptun", das allerdings noch unbestätigt ist, hat die italienische Regierung die Frage der Konferenz von Genua eingehend erörtert und auf Grund der französischen Note über den Verschiebungsvorschlag beschlossen, Bonomi und Della Toreta zu ermächtigen, über die Verschiebung der Konferenz in Verhandlungen einzutreten. Diese Auslassung, daß auch die italienische Regierung eine Verschiebung möchte, wird bestätigt durch die italienische Zeitung „Tempo", die der Ansicht ist, daß mit Rücksicht auf die italienische Kabinettkrise eine kurze Verschiebung erforderlich sei.

Die Essener Polizei und der Eisenbahnbeamtenstreik.

w. **Essen**, 12. Febr. Die Nr. 32 der in Düsseldorf erscheinenden „Kommunistischen Freiheit" vom 8. 2. bringt unter der Ueberschrift „Brave Schupo" eine Nachricht aus Essen, laut der in einer Versammlung der städtischen Beamten, Justiz- und Polizeibeamten alle Anwesenden den streikenden Eisenbahnern ihre Sympathie ausgesprochen hätten und besonders die Polizeibeamten dafür eingetreten seien, keine Verhaftungen von Streikenden vorzunehmen. Diese Mitteilungen, die auch in die Deutsche Tageszeitung übergegangen sein sollen, sind, soweit die staatlichen Polizeibeamten in Frage kommen, unrichtig. Als das hiesige Ortskartell, dem alle Essener Beamtenschaften, also auch die Polizeibeamten, angeschlossen sind, am 4. 2. eine Sympathieerklärung zum Eisenbahnerstreik beschlossen, war weder ein Vertreter der Schutzpolizei, noch auch der sonstigen Beamtenschaft des Polizeipräsidiums zugegen. Der in der Versammlung zunächst anwesende Vertreter der Schutzpolizei hatte sich vor der Entschließung entfernt, nachdem er erklärt hatte, die Schutzpolizei könne nach ihrer Bestimmung an keinem Streik oder dergleichen teilnehmen und tue dieses auch nicht.

Die schwierige Lage des Eisenbahnbetriebs

w. **Berlin**, 12. Febr. **Wie vom Verkehrsministerium mitgeteilt wird, ist die Lage im Eisenbahnbetrieb noch überall recht schwierig wegen der Nachwirkungen des Streiks, wenn auch der Betrieb an allen Stellen wieder in erheblichem Maße eingesetzt hat. Die Rangierbahnhöfe sind überfüllt, und es müssen die Rückstände aus dem Streik unter erschwerten Bedingungen aufgearbeitet werden. Fast überall ist der Rangierbetrieb durch Mangel an Rangierlokomotiven stark erschwert. Um für den lebenswichtigen Güterverkehr die nötigen Lokomotiven zu gewinnen, ist der Personenverkehr noch erheblichen Einschränkungen unterworfen. Der durchgehende Schnellzugverkehr ist jedoch auf den Hauptstrecken überall aufgenommen worden. Die Zahl der gefahrenen Güterzüge kann auf 60—70 Prozent des normalen Durchschnittsverkehrs geschätzt werden. Ihr Hauptaugenmerk richtet die Eisenbahnverwaltung naturgemäß auf die Verhältnisse im Ruhrgebiet. Der wichtige Ruhr-Mosel-Verkehr ist bereits wieder in vollem Gange.**

Die preußische Verwaltungsreform.

TU. **Berlin**, 13. Febr. Das preußische Staatsministerium wird in allernächster Zeit über die richtunggebenden Grundsätze der Verwaltungsreform beschließen und dem Landtage dann zunächst die Entwürfe der Städte- und Landgemeindeordnung vorlegen. Die Entwürfe der Kreis- und Provinzialordnung werden sobald als möglich folgen.

Ein englischer Kritiker der alliierten Wiederaufbaupolitik.

w. **London**, 12. Febr. In der Fortnightly Review unterzieht der bekannte englische Publizist Dr. Dillon in einem Artikel: „Europa und der Bolschewismus" die Politik der alliierten Regierungen, insbesondere in der Frage des Wiederaufbaues, einer scharfen Kritik. Dillon schreibt: Die Führer der interalliierten Koalition seit dem Kriege haben den einen Grundsatz, den sie alle von Anfang an bis zu Ende verkündeten, nämlich den der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten, systematisch jedesmal verletzt, wenn dies in ihrem Interesse lag. Nachdem sie Krieg gegen die Bolschewisten in Rußland geführt haben, sprechen sie heute von einer Intervention in Rußland mit Abscheu, weil eine solche ihren Grundsätzen widerspreche. Bei Deutschland und Ungarn setzen sie sich jedoch über diese Grundsätze hinweg. Eine Rheinrepublik und andere Miniaturstaaten würden, ohne daß man sich ein Gewissen daraus macht, aus dem Deutschen Reiche herausgerissen werden, nicht nur ohne Widerstand von Seiten der Entente, sondern sogar mit ihrer hilfreichen Mitwirkung.

Gewalt ist Trumpf und Moralität nur ein Vorwand.

Die politischen Kräfte, die heute in der Welt an der Arbeit sind, wurzeln in territorialen, militärischen und dringenden Wirtschaftsinteressen, denen alle höheren Erwägungen rücksichtslos geopfert werden. Die verantwortlichen Staatsmänner schwelgten in Betrachtungen über militärischen Ruhm und territoriale sowie kommerzielle Ausdehnung, sehen jetzt jedoch ein, daß es leichter ist, in Rußland einzudringen, als es zu zwingen. Das englische Volk sieht, daß es nicht gedeihen, ja nicht einmal lange bestehen kann unter den augenblicklichen Verhältnissen in der Welt, an deren Schaffung seine eigenen Staatsmänner einen wesentlichen Anteil haben. Diese sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß

Deutschland,

das sie bisher methodisch zermalmten, schnell wieder in die Höhe gebracht, in seiner Stellung als solventer Kunde Großbritanniens wiederhergestellt und in den Stand gesetzt werden muß, zur Aufrechterhaltung des britischen Handels und der britischen Industrie beizutragen. Selbst der Sklave muß gefüttert und arbeitsfähig erhalten werden. Deutschlands Aktionsfeld ist jedoch durch den Versailler Vertrag auf einen Umfang herabgesetzt worden, der Deutschland für die ihm zugedachte Rolle so gut wie unfähig macht. Eingesperrt in ein Gebiet, das für Deutschlands wachsende Bevölkerung zu klein ist, seiner Kolonien, eines großen Teils seiner Kohlen und anderen Hilfsquellen beraubt, nähert sich Deutschland rasch dem Zusammenbruch. Unter den augenblicklichen politischen Bedingungen ist Rußland das einzige Feld für deutsche Unternehmungen.

Der fein erdachte Plan, von dem angenommen wurde, daß er allen interessierten Parteien zusagen würde, ist dabei der: Die Bolschewisten werden formell anerkannt. Die Deutschen erhalten Eisenbahnfreiheit für wirtschaftliche Entwicklung und die Befähigung für die „höheren Rassen", die in die Lage gesetzt werden, das „Geschäft wie gewöhnlich" weiterzuführen und Reichtum zu erzeugen. Lloyd Georges letzter Plan für den Wiederaufbau Europas wird bezeichnet als ein Plan der Ausbeutung des am Boden liegenden Rußlands durch Deutschland in der Absicht,

Deutschland für die Ausbeutung durch die Entente reif zu machen.

Dillon schreibt weiter:: Gegen die Deutschen, als die künftigen Neugestalter Rußlands bestehen in Rußland nicht die geringsten Einwände und brauchen auch nirgends zu bestehen. Die Deutschen kennen das russische Volk, die Sprache und die Gebräuche Rußlands besser als jede andere europäische Nation. Die Deutschen sind die leistungsfähigsten Organisationen in Europa und für die schwierige Aufgabe wunderbar geeignet. Man muß jedoch von einem ganz anderen Ausgangspunkt an die Aufgabe herantreten und sie unter günstigeren Bedingungen beginnen. Dillon berichtet aus eigener Anschauung über die „unleugbare Tatsache", daß in Deutschland heute die Lage weit beunruhigender sei, als von den Nachbarn Deutschlands angenommen werde. Wenn die bisher von der Entente befolgte Politik fortgesetzt, wenn auf dem Pfund Fleisch bestanden werde dann werde eine nicht wieder gutzumachende Katastrophe herbeigeführt. Durch das diplomatische Werkzeug, den Versailler Vertrag, hätten die Ententenationen Deutschland seine Existenzmittel und seine politische Souveränität geraubt. Dr. Wirths Aufgabe sei, den Versailler Vertrag durch seine Ausführung ad absurdum zu führen.

Die Herrschaft des Winters.

Opfer des Frostes und Verkehrsstörungen.

bb. **Berlin**, 12. Febr. Nach dem Lokalanzeiger aus Havelberg, erfroren drei Söhne des Schiffers Ruspold im Alter von 17, 14 und 12 Jahren, die mit dem Vater in den Havelberger Wald gingen, um Holz zu holen, nachdem sie sich auf dem Rückwege verirrt hatten. Der Vater schleppte sich noch bis Havelberg. Die von ihm auf die Suche nach den Kindern ausgeschickten Personen fanden diese bereits tot vor.

w. **Höchst a. M.**, 12. Febr. Auf dem zugefrorenen Main brachen vier Kinder an einer dünnen Eisstelle ein und ertranken, ehe Rettung erschien. Daraufhin haben die Franzosen das Betreten des Main-Sees verboten und von Höchst bis Sindlingen das Ufer abgesperrt. Selbst die Arbeiter der Farbwerke dürfen nicht mehr den Weg über das Eis nehmen.

w. **Belgrad**, 12. Febr. Die Schneestürme in Serbien und Kroatien dauern fort. Der Telegraphenverkehr ist vielfach unterbrochen, nur die Verbindungen Belgrad-Agram und Serajewo sind in Betrieb.

---

w. **Berlin**, 11. Febr. Der bisherige preußische Bevollmächtigte in München, Ministerialrat Schellen ist als preußischer Geschäftsträger an die preußische Gesandtschaft in Dresden versetzt worden. — Wie wir hören, wird als Nachfolger des Ministerialrats Schellen, der Ministerialrat Denk nach München gehen.

w. **Berlin**, 11. Febr. Der Papierpreis für Februar 1922 wurde auf 7,30 Mark für das Kilo Zeitungspapier (bisher 7 Mark) erhöht, während die Fabrikanten 7,72 Mark gefordert hatten. Der Preis für März steht noch nicht fest.

w. **Berlin**, 12. Febr. Der Dampfer Seidlitz des Nordd. Lloyd trat heute vormittag die erste Reise nach Newyork an, und eröffnet damit nach achtjähriger Unterbrechung wieder einen regelmäßigen 14tägigen Passagier- und Frachtdampferdienst mit eigenen Dampfern des Norddeutschen Lloyd.

w. **Stuttgart**, 12. Febr. Der Reichstagsabgeordnete Konrad Hausmann ist in der vergangenen Nacht an Grippe gestorben.

w. **Wien**, 12. Febr. Der englische Gesandte hat der österreichischen Regierung eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die englische Regierung beschlossen hat, Oesterreich einen Kreditvorschuß von zwei Millionen Pfund zu geben. Die Einzelheiten des Kreditvorschusses werden durch einen Notenaustausch geregelt werden.

w. **Paris**, 12. Febr. Der Rechtsvertreter des Frauenmörders Landru hat beim Justizminister um Revision des Prozesses ersucht, in dem Landru zum Tode verurteilt worden war. Der Justizminister hat das Ersuchen an den Staatsanwalt weitergegeben.

w. **London**, 12. Febr. Wie aus Dublin gemeldet wird, hat die vorläufige irische Regierung eine allgemeine Amnestie für alle während der letzten Feindseligkeiten verurteilten Personen erlassen.

w. **Petersburg**, 11. Febr. Mit Hilfe eines Eisbrechers ist ein englischer Dampfer aus Rotterdam mit 2500 Tonnen Kohlen im Hafen eingetroffen. Das ist der erste Fall seit Bestehen des Petersburger Hafens, daß ein ausländischer Dampfer im Winter einläuft.

w. **Madrid**, 12. Febr. In Granada brach gestern nachmittag der Generalstreik aus. In den Gas- und Elektrizitätswerken wird unter militärischem Schutz weitergearbeitet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Truppen aufrechterhalten.

w. **Washington**, 12. Febr. Staatssekretär Hughes und Baron Shidehara haben den Jap-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan unterzeichnet.

w. **Washington**, 12. Febr. Wie die Chicago Tribune meldet, schlug die Föderal Reserve Board eine internationale Wirtschaftskonferenz vor, auf der Fragen von allgemeinem Interesse erörtert werden sollen. Anlaß zu dem Vorschlag sei der wachsende Ernst der Wirtschaftslage in den europäischen Ländern.

w. **Peking**, 11. Febr. W. W. Yen hat seine Aemter als Premierminister und als Minister des Auswärtigen niedergelegt. Die Regierung berief Wellington Koo, Sze und Wang aus Washington zurück, um ihren Rat und ihre Ratschläge in der Angelegenheit des Fernen Ostens entgegenzunehmen.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Th. Fossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Albert, Karl-Heinz

Voller Freude zeigen wir die glückliche Geburt eines prächtigen

Stammhalters

an. 9209

Molkereienbesitzer
Albert Wöhrmann und Frau
Addy geb. Schulte-Güstenberg.

Wesel a. Rh. (Kaiserring 9), Februar 1922.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Heute früh 6 Uhr verschied infolge Herzschlages unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Ober-Ingenieur a. D.

Ludwig Capelle

im fast vollendeten 84. Jahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
K. Jacobelt.

Bochum, den 11. Februar 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag früh 8¼ Uhr von der Kapelle des Augusta-Krankenhauses aus statt. 9203

9176

Nachruf.

Gestern verschied nach langem, schwerem Leiden der Beamte in unserer Eisenbahn-Abteilung,

Herr Ernst Wrede.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen strebsamen, pflichttreuen Beamten u. lieben Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Bochum, 10. Februar 1922.

Der Vorstand und die Beamten der Rombacher Hüttenwerke.
Abtlg. Westfälische Stahlwerke, Bochum.

Landkreis Bochum.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 — Reichsgesetzblatt Seite 519 — mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg folgendes bestimmt:

Die Maul- und Klauenseuche herrscht nach Feststellung des Kreistierarztes unter dem Viehbestande des Landwirts Josef Jacobdammhorst in Gerthe.

Sperrgebiet ist das Gehöft, das Gebiet zwischen Heuweg-, Harpenerstr. und Lothringerstraße in der Gemeinde Gerthe mit den dazu gehörigen Gehöften.

Ein Beobachtungsgebiet ist nicht gebildet worden.

Meine viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 6. Dezember 1921 tritt auch für diesen Sperrbezirk sofort in Kraft. 9204

Bochum, den 10. Februar 1922.

Der L. Landrat: Stühmeyer.

Ersatzwahl eines Gemeindeverordneten in der Gemeinde Riemke.

Auf Grund des § 21 des Reichswahlgesetzes ist in der heutigen Sitzung des Wahlvorstandes festgestellt worden, daß der zum Gemeindevertreter gewählte Bergmann **Johann Kaczmarek** sein Amt niedergelegt hat. An dessen Stelle tritt der Bergmann **Bernhard Zimmermann**, wohnhaft in **Riemke**, Hermannstraße 83. 9208

Bochum, den 10. Februar 1922.

Der Amtmann: Lückel,
als Wahlkommissar.

Amt Bladenhorst.

Bekanntmachung.

Der Plan der Dortmund-Ems-Kanalverwaltung, Münster i. W., für den Bau von Schiffsliegeplätzen bei Schleuse VII des Rhein-Weser-Kanals liegt in der Zeit vom 13. bis zum 20. Februar 1922 einschl. auf dem Bauamte des Amtes Bladenhorst zu jedermanns Einsicht auf. Während dieser Zeit können Einwendungen gegen den Plan erhoben werden, welche bei dem unterzeichneten Gemeindevorsteher schriftlich einzureichen oder auf dem Bauamte zu Protokoll zu erklären sind. 9207

Bladenhorst, den 11. Februar 1922.

Der Gemeindevorsteher: Riegel.

Gestern verschied

Herr Peter Paffhausen,

Meister in unserer Martinschmelze.

Der Verstorbene stand seit dem 9. März 1893 — zunächst als Arbeiter und seit dem 1. April 1912 als Meister — in den Diensten unseres Werkes. Er war ein fleißiger und treuer Mitarbeiter dem wir ein gutes Andenken bewahren werden.

Bochum, den 9. Februar 1922.

Der Vorstand und die Beamten des Bochumer Vereins.

9222

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.

9029

Montag, 13. Febr., 7–10½ Gesch. Vorst. f. d. „Asa". „Der Vulkan".

(In Duisburg: Der Aufschneider, Das Käferbrüten, Der fahrende Schüler im Paradies.)

Dienstag, 14. Febr., 8–10 Konzertreihe A.:

IX. Symphoniekonzert

des städt. Orchesters: Solistin: Irene Eden vom National-Theater Mannheim.

(In Duisburg: Die Entführung aus dem Serail.)

Haass-Berkow-Spiele

Mittelalterl. Volksspiele

Bochum

Evangel. Vereinshaus

Aufführungstage:

16., 17., 18. Febr. 1922

Vorverkauf ab 13. Febr. im Albrecht-Dürerhaus, bei Schweighöfer & Hulsbergen, Dengstenberg u. Rathausbuchhandlung (Mueller).

Neues 9210

Operetten-Theater

Bochum

Kottstr. 29 Tel. 534

Heute bis einschließl. Freitag, 17. Februar, abends 8 Uhr

Ein Walzertraum

Operette in 3 Akten von Osc. Straus.

Ab Samstag, 18. Febr.,

Der fidele Bauer

Operette in 3 Akten von Victor Léon

Musik von Leo Fall

Korsetts

fertig u. nach Maß, auch von zugegebenen Stoffen schnell, solide u. preiswert

Spezial-Korsettgeschäft

Fischer, Kottstr. 11.

Wer Stoff hat

Herren- u. Knaben-Kleidung, Anfertigung nach Maß, Umpressen, Wenden, Aufbügeln bei billiger und guter Bedienung in eigener Werkstatt. 8157

Herm. Jessel, Bochum
Dorstener Straße 116

Städtisches Orchester Bochum

Reihe A. 5. Konzert 1921/22

Dienstag, den 14. Februar 1922
abends 8 Uhr im Stadttheater:

IX. Symphonie-Konzert

Leitung: **Rudolf Schulz-Dornburg**
Solistin: **Irene Eden** vom National-theater Mannheim.

Walter Braunfels, Vorspiel und Prolog der Nachtigall aus „Die Vögel". / Walter Braunfels, „Die Ammenuhr" für Knabenchor und Orchester, op. 8. / Richard Strauß, Arie der Zerbinetta aus „Ariadne auf Naxos". / Richard Strauß, Symphonische Dichtung „Don Juan". 9213

Karten sind an der Konzertkasse im Stadttheater, vormittags von 10 bis 2 Uhr und eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung zu haben.

Oeffentl. Vortrag

des Herrn

Josef Hoyer aus Graz-Steiermark

über

„Das Schicksal von 6000000 Deutschen"

am Dienstag, den 14. Februar 1922, abends 8 Uhr in der Oberrealschule I an der Goethestraße.

Eintrittskarten zum Preise von 2 Mk. sind an der Abendkasse zu haben.

Ortsgruppe Bochum
des Alldeutschen Verbandes und des Vereins fürs Deutschtum i. Auslande.

9130 Die Vorstände.

KAFFEE HACKERT Bochum, Hellwegstr. 1.
gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei

Diese Woche Spezialität: **Mignon-Torte.** 9205

Haben Sie Stoff?

Liefere Anzug mit guten Zutaten und Machelohn von **600 Mk. an.**

Lieferzeit 14 Tage bis 3 Wochen.

Anfertigung sämtl. Herren-Garderoben.

9017 Für guten Sitz wird garantiert.

Prinz & Co. Bochum, Ottostr. 8 parterre, an der Hattinger Straße

---

Notgeldsammler

welche über den Wert ihrer Sammlung stets informiert sein wollen, verlangen gegen Einsendung von M. 4.– portofrei meine

„Monatliche illustrierte Preisliste,

mit über 50 Abbildungen 1834

Victor Engelmann, Kiel Postscheckk.: Hamburg 417 12

Kohlen u. Koks

für Industrie und Hausbrand liefert pünktlichst

Bochumer Kohlen-Kontor
Humboldtstraße 55. – Telefon-Nr. 3567.

8102

Damentaschen Homborg

8334 sehr preiswert in Leder und Silber

Eisen Metalle und Felle

9221

kauft zu den höchsten Tagespreisen

Levy Nachfolger, Bahnhofstr. 13 Telef. 2094

Zuschneide- u. Näh-Kursus

auch tageweise 8103

Frau L. Arenz, Humboldtstr. 11 Eingang Schillerstraße

Lagerplätze.

Handels-, Industrie- und Gewerbefirmen, die gewillt sind, für sofort oder spätere Jahre in Bochum Lagerplätze mit Bahnanschluß zu eröffnen, werden gebeten, zwecks Aussprache ihre Adresse anzugeben unter Nr. **9216** an die Gesch. d. Ztg.

Kaufmännisches Büro sucht

mehrere Beamte

mit abgeschlossener kaufmännischer Vorbildung, die sich über erfolgreiche Tätigkeit auf Büros ausweisen können.

Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche sowie Datum des frühesten Eintritts erbeten unter Nr. **9131** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für den Bezirk

Laer-Dorf-Querenburg

wird ein zuverlässiger

Zeitungsbote

gesucht.

Märkischer Sprecher,
Bochum, Buddenbergstraße 11.

Mehrere erste, christliche

Verkäuferinnen

für Manufakturwaren

von großem Geschäftshaus baldigst gesucht. Damen mit besten Empfehlungen, die im Einkauf Erfahrung haben, belieben Angebote unter Nr. **9140** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung zu senden.

Miets-Gesuche

Wohnungstausch

Rüdesheim – Bochum!

3 Zimmer-Wohnung, 1. Lage, herrschaftl. Haus. Aussicht auf den Rhein, gegen 4–6 Zimmer sofort oder später zu tauschen gesucht. (Umzugsvergütung.)

Offerten an 8188

Szymanski, Wiesbaden
Adolfstraße 1.

Herrschaftliche

Tagenwohnung od. Einfamilienhaus

zu mieten gesucht evtl. im Austausch geg. 5 Zimmer-Wohnung in Ebereneid. Angebote unter Nr. 8853 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Für das Polizei-Büro der Amts-Verwaltung wird zu sofort ein

Schreiberlehrling

gesucht. 9193

Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Schulentlassungszeugnis sind bis zum 20. d. Mts. dem unterzeichneten Amtmann einzureichen.

Weitmar, 7. Febr. 1922.

Der Amtmann:
Roeding.

Kräftige, solide

Lagerarbeiter

für dauernde Beschäftigung gesucht. 9137

Velten & Nölle
G. m. b. H.
Eisengroßhandlung,
Bochum.

Doppelverdienst! Gewinnr. neue konkurrenzl. Sache. Versandneuh. Keine Lagerhaltg. Daher i. Heberm. gesucht. Gef. mit 1.– M. Antwortbetrag melden Offenwerke, Gendau/Elbe M. 1

Städt. Arbeitsamt Bochum, Trankgasse Nr. 7

9206 Eingang E

(Scharvenseel-Brauerei)

Die männliche Abteilung

(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 118) sucht:

Schneider, Dreher, Former.

Die Abteilung für Lehrlinge

(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 144) sucht:

Huf- und Wagenschmiede, Messerschmied, Klempner, Kupferschmied, Friseure, Maler und Anstreicher, Photographen, Schuhmacher, Kellner für Cafe u. Hotel, Bäcker (evgl.) u. ausw., Buchdrucker, Stellmacher, Wagenlackierer, Glasschleifer.

Die weibliche Abteilung

(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 119) sucht:

Haus- u. Küchenmädchen, ½- u. ¾- u. Tagesmädchen, Stuben hier u. auswärts, Kindergärtnerinnen, Stütze der Hausfrau, Mädchen für ländl. Haushaltungen, Mädchen für Hotels (ausw.).

Die Abteilg. f. Lehrmädchen

(Telefon Stadtverw. Nebenstelle Nr. 145) sucht:

Lehrmädchen f. häusliche Berufe auf dem Lande, Kontor, Färberei und Kolonialwarenhandlung (alle zum).

Für die Arbeitgeber:

Zu Ostern werden offene Lehrstellen für folgende Berufe gesucht:

Schneiderin, Weißnäherin, Putzmacherin, Stickerin, Verkäuferin, Kontoristin.

Ortskundiger, älterer

Fuhrmann

für dauernd gesucht. Angebote unter Nr. **9201** an die Gesch. d. Ztg.

Für meinen gemischten Betrieb, Bäckerei, Konditorei und Café suche ich zu Ostern einen evgl. geweckten 9113

Jungen als Lehrling

Gefl. Ang. mit Abschrift d. Schulentlassungszeugn. an **C. Bolle,**
Werne, Kr. Bochum.

Lehrling

Sohn achtbarer Eltern mit höherer Schulbildung (Obersekundareife) für groß. Manufakturwarenhaus zu Ostern gesucht. Selbstgeschriebene Angeb. unter Nr. **9141** an die Gesch. d. Ztg. erbeten.

Kontoristin

22jähr., flott in Stenographie und Schreibmaschine, sucht Stellung. Offert. unt. Nr. **9164** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wegen Heirat d. bisher. als einzige Hilfe des Inhabers (techn. Art.)

intelligente Kraft

(evang.) für einf. Buchführung u. Stenogr. gesucht. Angeb. mit Gehaltsanspr. u. Nr. **9171** a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

Gesucht zum baldigen Eintritt ein braves, tüchtiges, älteres 9190

Zweitmädchen

das schon in bess. Häusern gedient hat

Frau Justizrat
Dr. Marckhoff,
Kaiser-Wilhelmstr 27.

Stellengesuche

Frl. mit gut. Handschrift sucht für sofort od. später

Beschäftigung

evtl. als Kassiererin. Off. unter Nr. **9149** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Frau f. Beschäftigung

Wittenerstraße 44, 4. Etg.

Kaufgesuche

Brillanten Alt-Gold Alt-Silber

kauft

Schraer, ABC-Str. 15 8889

Alt-Gold

Silber, Platin,

wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen,

alte Münzen, Zahngebisse

kaufe ständig höchstzahlend Bahnpraxis, Brückstr. 51. Haus-Nr. 51 achten.

Gebrauchter, guterhaltener

Bücher-Schrank

mindestens 45 cm tief und 0 cm breit, lichtes Maß, zu kaufen gesucht. Angebote mit Angabe des Preises u. Besichtigungszeit erbeten unter Nr. **9134** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verkäufe

Neuer Damen-Wintermantel preisw. zu verk. Altenbochum, Wittenerstr. 6 a. III. 8924

Budenplane Wagendecken Waggondecken

Marktien-Segeltuch aus Heeresbest. der Marine, teils wenig gebrauchte und neue la. Friedensqualitätsware als spottbilliger Gelegenheitskauf verkauft im Lagerhaus Dortmund, Humboldtstraße 12a, Hinterhaus, Tel. 8739. 8104

Möbel

Verkauf zu billig. Preisen

W. Schrudde,
Roonstraße 37. Nähe der Marienstraße. 8185

Neue schwarze

Konfirmanden-Joppe und Weste

zu verkaufen

Steinstr. 24, 2. Etg., links

Mod. Jackenkleid

jugendl. Gr. 44, billig zu verk. Frau Meise, Feldstr. 8.

Zu Geld machen

können Sie alle überflüssigen Hausgegenstände, wie: Möbel, Einrichtungs-Gegenstände, Musikinstrumente, Nähmaschinen, Hausgeräte und dergleichen mehr durch eine kleine Anzeige im „Märkischen Sprecher", der im Stadt- und Landkreise Bochum stark verbreitet ist. Dieser Weg führt schnell u. sicher zum Ziel. Die Anzeigen-Bedingungen sind vorteilhaft.

Geldmarkt

Geld streng diskret, auch gegen Nebenbleib. Sicherheit, Ratenrückzahl. Rückp., Million, Berlin SW. 47, Lichterfelderstraße 35.

Heiratsgesuche

Viele reiche Damen

v. Lande, 29–35 J., mit 5–30 v. 500000 Mk. Verm. wünsch. durch mich bald. Heirat. Herren, wenn auch ohne Vermög., schreiben an die Ehevermittlung Jak. Edelmann, Frankfurt/M., Moltkeallee 60. (Rückporto). 9217

Der

echte

„Steinway"

aus den Pianofabriken Steinway & Sons in Hamburg und New-York hat allein die besondere „Steinway"-Konstruktion und den einzigartigen „Steinway"-Ton. Verlangen Sie bitte die Steinway-Druckschriften.

Alleinvertretung auch für Bochum:

Pianohaus
HILGER
ESSEN
Flachsmarkt 2
(im Keramikhaus)

Wir empfehlen:

Engelsburger Nußkohlen
Fettkohlen von Zeche Constantin
Koks ohne Bezugsschein.

Gebr. Uhe

Bochum, Ottostr. 41 u. 46, Tel. 2099.
Bezugsschein Trankgasse 7 erhältlich.

Nr. 37. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Montag 13. Februar 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 13. Februar.

Die zugelassenen neuen Kommunalsteuern.

kl. Bekanntlich hat der preußische Landtag die Erhebung neuer Kommunalabgaben genehmigt. Hierzu sind folgende Ausführungsbestimmungen erlassen worden:

1. Die Gemeinden dürfen Gebühren erheben für alle schriftlichen Arbeiten persönlicher Art: Zeugnisse, Beglaubigungen, Willenserklärungen, Leumundsnachweise, Wohnungsauskünfte. Mündliche Auskünfte sind frei.

2. Marktstandsgelder und Schlachthofgebühren sind zeitgemäß zu erhöhen.

3. Die Erhebung von Wohnungsluxussteuern ist zulässig. Die Steuer muß zur Förderung der Wohnungsbeschaffung Verwendung finden. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt 3, für 2 Personen 4, im übrigen mindestens soviel Wohnräume, als die um 1 vermehrte Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt. Räume, die zu beruflichen Zwecken dienen (Sprechzimmer, Warteräume, Büros), bleiben steuerfrei. Küche, Diele, Nebenräume rechnen nicht mit. Die Steuer darf in ihrer Gesamthöhe den Betrag nicht überschreiten, der bei gleichmäßiger Verteilung der Miete auf alle Wohnräume dem Verhältnis des Mietbetrages der besteuerten Wohnräume zur Gesamtmiete der Wohnung entspricht, d. h. die Steuer beträgt im allgemeinen den Betrag des üblichen Zimmerpreises. Ein Junggeselle, der 2000 Mark Miete für 4 Zimmer zahlt, kann mit 500 Mark zur Luxussteuer herangezogen werden.

Zum Tode verurteilt.

Q Nach zweitägiger nichtöffentlicher Verhandlung wurde der Gärtnergehilfe Herbert Martin aus Horneburg bei Recklinghausen wegen Mordes auf Grund des gefällten Geschworenenspruches zum Tode verurteilt. Martin erdrosselte am Abend des 8. Dezember in Erkenschwick, unweit der Horneburgerstraße, in einem Privatweg seine Geliebte Antonie Lippert. Die Leiche des Mädchens wurde am Vormittag des darauffolgenden Tages gefunden. Nach den am Tatort festgestellten Spuren muß dem Tode ein verzweifelter Kampf vorangegangen sein. Martin wurde alsbald nach der Auffindung der Leiche verhaftet. Anfangs leugnete er die Tat. Nach mehrstündigem Verhandeln gestand Martin dann die Tat ein. Zum Tatort geführt, wiederholte er das Geständnis, daß er mit Ueberlegung seine Braut getötet habe, da er ihrer überdrüssig geworden. Das Geständnis erneuerte er auch in der Schwurgerichtsverhandlung. Das Todesurteil nahm der Angeklagte ziemlich gelassen auf.

* **Staatsexamen.** Fräulein Dr. Meta Erdelbrock, Tochter des Hauptlehrers Erdelbrock aus Laer b. Bochum, bestand an der Universität Münster das philologische Staatsexamen.

Q **Deutsche Volkspartei.** In der auch von Mitgliedern aus anderen Bezirken zahlreich besuchten gemeinsamen Mitgliederversammlung des Bezirksvereins und der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei für den 2. und 3. Stadtbezirk hielt nach den Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden des Bezirksvereins Herr Oberst a. D. Freiherr von Hammerstein einen Vortrag über die Marneschlacht. Die sehr ausführlichen und lehrreichen Schilderungen wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl für den Bezirksverein wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Anstelle des wegen Arbeitsüberhäufung von diesem Posten zurückgetretenen Schriftführers wurde der nach zweijähriger Abwesenheit wieder nach Bochum zurückkehrende frühere Schriftführer in den Vorstand gewählt. Außerdem wurden noch einige Beisitzer hinzugewählt. Infolge der großen Entwertung des Geldes wurde beschlossen, den bisherigen Beitrag zu erhöhen in der Erwartung, daß diejenigen Mitglieder, welche bisher freiwillig über den Mindestbeitrag hinausgegangen sind, dieses in entsprechendem Maße auch in Zukunft tun werden.

× **Bevölkerungsbewegung.** Im Januar 1922 sind in der Stadt Bochum 182 Personen mehr zu- als fortgezogen und 166 mehr geboren als gestorben. Die fortgeschriebene Einwohnerzahl betrug am 31. 1. 1922 157 103.

Q **Aus Brenschede.** Dienstag abend eröffnete der 1. Vorsitzende, Herr Kilfitt, die Zusammenkunft. Dann verlas der Schriftführer die Niederschrift der letzten Zusammenkunft. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde der unterhaltende Teil durch gemeinsame Lieder und Gesellschaftsspiele ausgefüllt.

* **Der Alldeutsche Verband** und der Verein fürs Deutschtum im Ausland lassen Dienstag, 14. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule 1, Goethestraße, einen Vortrag über „Das Schicksal von 6 000 000 Deutschen" halten. (Siehe Anzeigenteil.) Die Not in Deutschland ist groß, noch größer aber ist die Not unserer deutschen Brüder in Deutsch-Oesterreich. Gewaltsam wird ihnen von dem Feindbunde der Eintritt ins Deutsche Reich verwehrt, obgleich es für dieses unglückliche Staatengebilde eine Unmöglichkeit ist, für sich allein dazustehen. Gelingt ihm der Anschluß ans Deutsche Reich nicht, so wird es eine Beute von Südslawien und der Tschecho-Slowakei. Dann ist Deutschland von erbitterten, haßerfüllten Feinden rings umgeben und ihm die Verbindung mit dem Balkan und Italien abgeschnitten. Der in Deutsch-Oesterreich bekannte, vorzügliche Redner wird ein Bild von den österreichischen Verhältnissen geben, er wird zeigen, wie sehr der Anschluß Deutsch-Oesterreichs nicht nur außenpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch von allergrößter Bedeutung nicht nur für Deutsch-Oesterreich, sondern auch für das Deutsche Reich ist.

ki. **Da wird Wohltat Plage.** Die Auszahlung der Ruhegehälter an frühere Beamte konnte in den letzten Monaten vielfach nicht ordnungsgemäß erfolgen, da infolge von Gesetzesnovellen, denen der Reichstag zustimmte, immer neue Berechnungen notwendig wurden. Es sind deshalb Vorschüsse gezahlt worden, die jedoch meist nicht den tatsächlichen gesetzlich begründeten Ansprüchen der Ruhestandsbeamten entsprechen. Jetzt hofft man, daß die Auszahlung der endgültigen Bezüge bis Ende März durchgeführt werden kann, wenn — ja, wenn bis dahin nicht wieder eine Aufbesserung durch eine neue Novelle erfolgt.

* **9. Symphoniekonzert.** Das Programm des 9. Symphoniekonzerts des städt. Orchesters am Dienstag, 14. d. M., abends 8 Uhr, im Stadttheater stieß in seinen Vorbereitungen gleichfalls durch den Eisenbahnerstreik auf Schwierigkeiten. Fast das gesamte Orchestermaterial blieb auf der Bahn liegen; in letzter Stunde ist es zum größten Teil eingetroffen, sodaß das Konzertpublikum Bochums Gelegenheit hat, das Vorspiel und den Prolog der Nachtigall aus der Oper „Die Vögel" von Walter Braunfels zu hören, die ja in den letzten Monaten nach ihrer Uraufführung in München, in Köln, Berlin usw. lebhaften Erfolg hatten. Braunfels gilt ja überhaupt seit kurzem als eine unserer besten deutschen Hoffnungen, seine „Phantastischen Variationen" haben sich alle Konzertsäle erobert. Die hier zum Vortrag gelangende „Ammenuhr" ist ein bisher noch nicht aufgeführtes Werk des Komponisten aus seiner mittleren Schaffensperiode und behandelt ein bekanntes Kinderlied aus „Des Knaben Wunderhorn", das für Knabenchor und Orchester gesetzt ist. Für den Knabenchor hat die Oberrealschule 1 liebenswürdigerweise den dortigen Schülerchor zur Verfügung gestellt. Die Einstudierung des Chores übernahm Herr Klingenberg. Die Solistin Irene Eden vom Nationaltheater Mannheim gilt als eine unserer ersten KoloraturSängerinnen. Sie wird außer dem Prolog die Arie der Zerbinetta aus „Ariadne auf Naxos" von Richard Strauß zum Vortrag bringen. Statt der Suite „Der Bürger als Edelmann", die bisher noch nicht eingetroffen ist, wird die seit drei Jahren nicht mehr gespielte Symphonische Dichtung „Don Juan" von Richard Strauß vorgetragen. (S. Anzeige.)

ꝺ **Zuschüsse zu Hausreparaturen.** Die Hausbesitzer werden erneut darauf hingewiesen, daß für die Ausführung von Innenarbeiten (auch Um- und Durchbauten) während des jetzigen, für die sonstigen Bauarbeiten ungünstigen Witterung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Unterstützungen gewährt werden können. Gefördert werden in erster Linie Maurer-, Zimmerer- u. Dachdeckerarbeiten; eine Förderung von Anstreicher- und Tischlerarbeiten soll jedoch grundsätzlich nur eintreten, wenn diese zur Durchführung der erstgenannten Bauarbeiten unbedingt notwendig sind. Die Zuschüsse werden regelmäßig an einen Hausbesitzer für höchstens 60 Tagewerke gewährt und betragen in Orten der Ortsklassen A 41,— Mark, der Ortsklasse B 37,50 Mark und der Ortsklasse C 34,— Mark für den Arbeitstag. Nähere Auskunft erteilt das städtische Arbeitsamt (Trankgasse 7), bei dem auch die Anträge (nach einem vorgeschriebenen Formular) einzureichen sind.

ha. **Ueberfluß bei den Krankenkassen.** Die Mittel vieler Krankenkassen sind infolge der Erhöhung der Grundlöhne übermäßig angewachsen. Der Reichsarbeitsminister hat in einem Schreiben die Landesregierungen hierauf hingewiesen. Die Kassen könnten 20 bis 25 Prozent ihrer Rücklagen für Kredite verwenden, ohne in Gefahr zu geraten, die nötigen Barmittel für besondere Notfälle zu entbehren. Die Kassenmittel sollen deshalb jetzt für Neubauten nutzbar gemacht werden. Es haben sich auch schon viele Krankenkassen bereit erklärt, bei der Beschaffung von Hypotheken und langfristigen Darlehen dafür zu helfen. Der Reichsminister erklärt, daß aus der Reichsversicherung gegen eine derartige Verwendung Bedenken nicht bestehen, wenn die Hingabe des Geldes an Gemeinden und Gemeindeverbände mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde geschieht. Die Krankenkassen hätten selbst ein großes Interesse an der Herstellung von gesunden Wohnungen, um ihre Mitglieder vor Krankheiten zu bewahren.

ha. **Keine Heiratserlaubnis mehr.** Bei der Eheschließung bestanden für die Beamten der Reichfinanzverwaltung zum Teil noch landesrechtliche Vorschriften, nach denen sie zu vorheriger Anzeige oder Einholung amtlicher Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde zuvor verpflichtet waren. Der Reichsminister der Finanzen hat diese Einschränkungen jetzt aufgehoben. Erst nach erfolgter Eheschließung ist der unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde Anzeige zu erstatten. Dabei ist der Ruf- und Geburtsname, das Lebensalter und der etwaige Beruf der Ehefrau sowie der Familienname und der Beruf des Vaters der Ehefrau anzugeben. Bei verwitweten oder geschiedenen Personen ist auch der Familienname mitzuteilen, der in der früheren Ehe geführt wurde.

ha. **Was ist ein „kleinerer" Besitz?** Bei der Erwerbslosenfürsorge spielt ein kleinerer Besitz u. U. eine große Rolle. Der Reichsarbeitsminister erklärt jetzt in einem Schreiben an den Minister für Volkswohlfahrt, daß die Entscheidung darüber, was kleinerer Besitz im Sinne der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist, nur von Fall zu Fall getroffen werden könne. Im September 1920 hatte der Reichsminister ein Vermögen von 8—10 000 Mark als nicht mehr kleineren Besitz bezeichnet. Dies wäre unter den damaligen Wertverhältnissen geschehen. Heute dürfte nicht selten ein Betrag in dieser Höhe noch als kleinerer Besitz gelten. Die Entscheidung wird wesentlich auch davon abhängen, ob und in welchem Umfange der

Stegerwald in Bochum.

Q **Bochum**, 12. Febr. Der Führer des deutschen Gewerkschaftsbundes Ministerpräsident a. D. Stegerwald sprach Samstag abend nach vorausgegangener Vertrauenspersonen-Konferenz der christlichen Gewerkschaften im überfüllten großen Saal des Evang. Vereinshauses über die großen Fragen der deutschen Volksgemeinschaft.

Einleitend gab der Redner einen Ueberblick über den politischen Werdegang des deutschen Staatslebens und der deutschen Politik von 1870/71 bis zum erfolgten Zusammenbruch Ende 1918, skizzierte die gegenwärtige außenpolitische Einflußlosigkeit Deutschlands und die innerpolitische Zerrissenheit im deutschen Volke. Man sehe im deutschen Volksleben mehr auf das Trennende, als auf das Eingende, das zum Wiederaufbau unumgänglich notwendig sei. Die Hauptstütze des Staates stelle das Volk dar. In der Sozialdemokratie schwankten Staatsnotwendigkeit und Agitationsbedürfnis hin und her. Man könne die Mehrheitssozialdemokratie im Wiederaufbau nicht ausschalten. Leitgedanke seiner Ministerpräsidentschaft in Preußen sei der mit gewesen, der Sozialdemokratie zum Bewußtsein zu bringen, daß sie mit anderen eine Koalition eingehen muß. Er habe sie denn auch dahin gebracht, nicht aus Liebe zu Stinnes und die Deutsche Volkspartei. Eine Wurstelei, wie in Thüringen, Sachsen regiert werde, habe er abgelehnt für Preußen. Ein engeres Verhältnis der breiten Masse zum Volksstaat müsse hergestellt werden.

Eine zweite Frage bilde: Wie erhalten wir die Reichseinheit? Diese sei heute noch nicht gefestigt. Die Weimarer Verfassung enthalte drei Klammern für sie: Verkehrs-, Wehr- und Finanzeinheit im Reiche. Wenn der nationale Gedanke im Volke Wurzeln fassen soll, so schaffe man einen sozialen Staat, dessen Volk soziale Gesinnung pflege. Diese Frage dürfe nicht von parteipolitischem, noch auch vom klassenpolitischem Standpunkt beurteilt werden. Er gestehe zu, daß das letzte Jahr dem Gedanken seiner Essener Kongreßrede nicht günstig gewesen. Und doch sei er weiter gefördert worden. Der monarchische Gedanke sei einstweilen zurückgestellt worden, eine weitere Förderung erblicke er in der Schaffung der große Koalition in Preußen, in dem neuen Programm der Zentrumspartei, das sehr stark den Volksgemeinschaftsgedanken geprägt habe, das seien Etappen auf dem Wege nach Essen, auf dem Wege der großen Einigung des deutschen Volkes. Nicht Schaffung neuer Parteiorganisationen bezwecke man, sondern die Herbeiführung eines politischen Umdenkungsprozesses, durch den sich die Formen der Parteigruppierung von selbst ergeben. Hierin erwüchsen den christlichen Gewerkschaften welthistorische Aufgaben.

Die Stellung des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Wirtschaft skizzierte Stegerwald durch folgende Aufgaben: Aenderung des Reparationsproblemes, Stabilisierung des Reichshaushaltsplanes und der Mark, Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes, Mehrarbeit, jedoch nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit. Der Besitz habe ein großes sichtbares Opfer zu bringen. Eisenbahn und Post müßten schließlich wieder aus sich heraus Rentabilität bringen, ohne der Großindustrie überantwortet zu werden.

Bei Beurteilung des Eisenbahnerstreikes erklärte Stegerwald, daß die niedrigen Gehaltsklassen unbedingt eine Aufbesserung erfahren müßten. Die Kernfrage der Beamtenbewegung kennzeichnete er dahin: Entweder dauerndes Dienstverhältnis und Pension ohne Streikrecht, oder freier Dienstvertrag ohne Pension mit dem Streikrecht. Zur Sicherstellung der Ernährung des Volkes habe die Landwirtschaft ihre Erträgnisse wesentlich zu steigern. Dann skizzierte er in großen Richtlinien die Schaffung eines größeren Einflusses der Arbeitnehmerschaft auf die Wirtschaftsreform. Zum Aufstieg sei Vorbedingung: Verinnerlichung des Volkes mit der großen Politik und sittliche Läuterung des deutschen Volkslebens.

Der Rede folgte eine eingehende Aussprache, in der namentlich eine zum Teil recht stürmische Auseinandersetzung zwischen dem Stadtverordneten Apt und der christlichen Gewerkschaft über den Eisenbahnerstreik erfolgte. Pastor Althüser sprach in recht wirkungsvoller Weise vom Standpunkte der Evangelischen Arbeitervereine aus für die Verwirklichung des von Stegerwald geforderten Gedankens einer derartigen Volksgemeinschaft.

Das Geheimnis des Schränkchens

Roman von Burton E. Stevenson.

49) (Nachdruck verboten.)

„Etwas weiter heraus", sagte er, und als Simmonds mit sichtlicher Anstrengung die Lade in ihrer vollen Länge herauszog, fuhren zwei dünne Metallspitzen aus dem Schränkchen heraus. „Das sind die Zähne," sagte Pigot. Er hielt das Fläschchen unter die eine Spitze und dann unter die andere, wobei seine andere Hand vorsichtig dahinter langte. — „Das Gift ist durch Kapillarwirkung an seinem Platze festgehalten, aber ich treibe es heraus, indem ich hinten die Luft hinzutreten lasse — so, sehen Sie?"

Er stand wieder aufrecht und hielt das Fläschchen gegen das Licht. Es war bis zur Mitte mit der Flüssigkeit angefüllt.

„Das würde genügen, um Frankreich zu dezimieren," sagte er, steckte den Stöpsel sorgsam hinein und versorgte das Fläschchen in seiner Tasche. — „Lassen Sie die Lade los, bitte, Herr Simmonds," setzte er hinzu.

Sie sprang auf der Stelle wieder hinein, und der kleine Griff schnappte hinauf.

„Sehen Sie, wie einfach!" sagte Pigot. „Wirklich äußerst sinnreich. Denn sobald die Hand, nachdem sie durch die vergifteten Spitzen getroffen war, den Griff losließ, sprang die Lade wieder zu, und alles war wie zuvor — bis auf den Menschen, der dem Tod verfallen war. Jetzt öffne ich sie wieder. Die Spitzen fahren wieder heraus, sie treffen den Handschuh, sie würden wohl wieder in die Hand einhacken, aber es würde nicht den Tod herbeiführen. Wenn ich diesen Knopf drehe, schraube ich die Feder fest, und die Schieblade bleibt offen stehen. Der Erfinder des Mechanismus war so stolz darauf, daß er ihn in einer geheimen Schrift zur Unterhaltung des Großen Ludwigs beschrieben hat. Im Archiv der Nationalbibliothek ist eine Kopie dieser Denkschrift vorhanden, das Original ist im Besitze Crochards. Er war es, der die Denkschrift mit dem Schränkchen in Verbindung brachte, der den Mechanismus von neuem entdeckte, eine neue Feder einsetzte und das Gift erneuerte. Unfehlbar war der Schlag mit den vergifteten Spitzen, dessen er sich bediente, um Verräter zu bestrafen, das Ergebnis seiner Lektüre der Denkschrift."

„Dieser Crochard — oder wie er heißen mag — scheint ein ungewöhnlicher Bursche zu sein", bemerkte Gradh und zündete seine Zigarre wieder an, die ihm bei der Vorführung ausgegangen war.

„Das ist er", stimmte Pigot in ruhigem Tone bei, „ein äußerst ungewöhnlicher Mann. Aber selbst er ist nicht unfehlbar, denn weil in der Denkschrift das andere Geheimfach — dasjenige, in dem die Herzogin ihre Liebesbriefe versteckte — nicht erwähnt war, wußte Crochard nichts von seinem Vorhandensein. Dieser Umstand wurde seinen Plänen zum Verhängnis — es war ein reiner Zufall, den er nicht vorhersehen konnte. Und nun, meine Herren, werde ich mir das Vergnügen machen, Ihnen einige sehr schöne Diamanten vorzuführen."

Erst in diesem Augenblick dachte ich an den Inhalt der Schieblade. Ich war durch die vergifteten Spitzen und durch die Geschichte, die der Franzose so gleichmütig, aber so wirksam erzählte, völlig im Bann gehalten worden. Aber jetzt sah ich, daß die Lade mit kleinen Baumwollbäuschchen ausgefüllt war, die sehr fest hineingepreßt worden waren.

Pigot holte eines hervor, wickelte seinen Inhalt heraus und breitete ihn auf der Tischplatte aus — es waren Diamanten, so große, glitzernde, fehlerlos klare Diamanten, daß ich vor Entzücken tief aufatmete. Selbst Pigot, der doch auf seine unerschütterliche Ruhe so stolz zu sein schien, konnte sie nicht ganz ohne Bewegung ansehen; als er sie betrachtete, stieg ihm eine leichte Röte in die Wangen, und er nahm einen der größten in die Hand, um ihn genauer zu beschauen. Dann rollte er ein Päckchen nach dem anderen auf und hielt von Zeit zu Zeit inne, um den oder jenen der schönsten Steine zu bewundern.

„Diese da rühren von dem berühmten Halsband her, das der Großfürst von seiner Mutter erbte", sagte er und zog unsere Aufmerksamkeit auf ein Häufchen wundervoller Edelsteine, die in einem der letzten Päckchen enthalten waren. „Crochard hat sie natürlich aus den Fassungen herausgenommen, das war unvermeidlich. Er konnte diese einschmelzen und das Gold verkaufen, aber auf viele Jahre hinaus konnte er keinen dieser Brillanten in Europa auf den Markt bringen. Oder ist beschrieben und bekannt. Hier in Amerika sind die Polizeibestimmungen nicht so genau, aber ich glaube, selbst hier würde er auf Schwierigkeiten stoßen, diesen da zu verkaufen." — Dabei holte er das letzte Päckchen heraus und hielt einen Rosendiamanten gegen das Licht, der mir so groß wie eine Wallnuß erschien.

„Vielleicht haben Sie den Mazarindiamanten in der Apollogalerie im Louvre schon gesehen," sagte Pigot. „Es staut sich immer eine große Menge von Leuten um den Schrank, und es ist ein besonderer Diener zur Bewachung aufgestellt, denn er enthält einige Gegenstände von großem Werte. Aber der Mazarin ist nicht darunter, es ist gar kein Diamant, sondern nur eine Fälschung — eine genaue Kopie von dem da, der das Original ist. Ja, ja, das ist wahr," fügte er hinzu, als Gradh spöttisch den Mund verzog. „Vor einigen Jahren brauchten die Direktoren des Louvre Gelder, um Gemälde zu kaufen und um die alten zu reinigen und wieder instand zu setzen. Sie sagten sich, daß es unsinnig sei, drei Millionen Franken in einem einzigen Edelstein investiert zu haben, wenn ihre Michelangelos, Lionardos und Murillos mit Schmutz bedeckt seien und täglich mehr nachdunkelten. Daher suchten sie einen Käufer für den Mazarin. Sie fanden eine Liebhaberin in der Kaiserin von Rußland, die eine Leidenschaft für wertvolle Steine hatte, und die, bei ihrem Hinscheiden, diese bemerkenswerte Sammlung ihrem Lieblingssohn hinterließ, der die gleiche Leidenschaft von ihr geerbt hatte. In den Louvre wurde eine Nachbildung gelegt, um die Neugier der großen Menge zu befriedigen, und jedermann vergaß rasch, daß es nicht mehr der echte Diamant war. Ich finde, daß die Direktoren sehr weise gehandelt haben. Und nun," setzte er hinzu, indem er auf den glitzernden Haufen deutete, „was sollen wir damit tun?"

„Es ist nur eines möglich", sagte Gradh, der plötzlich wie aus einer Hypnose erwachte, „und das ist, die Edelsteine so rasch als möglich in einem Bankschließfach unterzubringen. Es ist auf der Polizei kein Sicherheitsschrank vorhanden, dem ich sie anvertrauen möchte. Die hätten ja den Engel Gabriel in Versuchung gebracht", setzte er mit einem tiefen Atemzug hinzu.

„Können wir um diese Nachtstunde ein Schließfach finden?" fragte Pigot, indem er einen Blick auf seine Uhr warf. „Es ist beinahe halb zwei Uhr!"

„Das ist in Newyork nicht schwierig," sagte Gradh. „Wir wollen sie auf die Tag- und Nacht-Bank in der Zunften Avenue tragen. Diese Bank schließt nie. Warten Sie, daß ich etwas hole, um sie darin zu versorgen."

Er verschwand und kehrte sogleich mit einer Handtasche zurück.

„Das genügt", sagte er. „Stecken Sie sie hinein, und ich will die Bank anklingeln und wegen des Schließfaches die nötigen Anordnungen treffen."

Simmonds und Pigot packten die Steine wieder sorgfältig ein und legten sie in die Tasche, während ich ihnen in einer Art Betäubung zusah. Ich verstand auch, welche Versuchung in Gegenwart von so viel Schönheit lockte. Es war nicht der Wert der Juwelen, der mich fesselte und gefangen hielt — daran dachte ich kaum; es war ihr verführerischer Glanz, es war der Gedanke, daß, wenn ich sie besitzen würde, ich sie in jeder Tag- oder Nachtstunde herausnehmen und mein Auge an ihrem Blitzen weiden könnte.

„Der Großfürst Michael muß nicht wenig aufgebracht gewesen sein", bemerkte Simmonds, der während der ganzen Szene nichts von seiner gleichmäßigen Heiterkeit eingebüßt hatte.

„Er hat getobt wie ein Irrsinniger", sagte Pigot und lächelte ein wenig über Simmonds unerschütterliche Ruhe. „Diese Juwelen sind seine Leidenschaft; er verehrt sie; er hat sich nie von ihnen getrennt, keinen Tag lang; wo er hingeht, nimmt er sie mit. In der größten Geldverlegenheit — und er ist sehr oft in Geldverlegenheit — hat er nie auch nur einen seiner Edelsteine hergegeben. Im Gegenteil, sobald er Geld oder Kredit hat und er findet eine Gelegenheit, einen ungewöhnlich schönen Stein zu erwerben, kann er nicht widerstehen, selbst wenn seine Schulden unbezahlt bleiben. Seit dem Verlust seiner Sammlung tobt er, rast er, schlägt er seine Dienerschaft — einer ist sogar an den Folgen gestorben. Wir alle sind, wie man sagt, in irgend einer Hinsicht ein wenig verrückt. Nun, dieser Großfürst ist hinsichtlich seiner Diamanten vollständig verrückt!"

„Warum hat er keine Belohnung auf ihre Entdeckung ausgesetzt?" fragte Simmonds.

„Oh, er hat es schon getan," erwiderte Pigot. „Er hat sofort sein ganzes Vermögen als Belohnung ausgesetzt. Aber sein Vermögen war nicht groß genug, um Crochard zu reizen, denn der Großfürst hat in Wirklichkeit nichts als das Einkommen aus seinen Familiengütern, und Sie können sich ja denken, daß er das alles ausgibt. Es wird ihm eine unbeschreibliche Freude bereiten, daß wir die Sammlung entdeckt haben."

(Fortsetzung folgt.)

Erwerbslose für Familienangehörige zu sorgen hat. Eine Erhöhung der Grenze über 10 000 Mk. hinaus, etwa bis 25 000 Mk., geht aber nach der Ansicht des Ministers viel zu weit.

Polizeibericht. Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einem Keller in der Luisenstraße mehrere Zentner Kohlen; aus einer Althandlung in der Königstraße eine Anzahl Herrenbekleidungsstücke; aus einem Keller in der Blücherstraße 60 Kisten Margarine; aus einer Wirtschaftsküche in der Alleestraße verschiedene Lebensmittel; aus einer Fabrik an der Hunscheidtstraße zwei Schreibmaschinen, Marke „Erika", und andere Sachen. — Ferner sind gestohlen worden: aus einem Hausflur in der Wiemelhauserstraße eine braune Hose; von der Dorstenerstraße ein Planwagen mit braunem schweren Wallach. — Zur Anzeige gelangten: zwei Mannspersonen wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs, sowie zwei Personen wegen Betruges und Meineids. — Festgenommen wurden: eine Mannsperson wegen Körperverletzung und zwei Frauenspersonen wegen Diebstahls. — Bei der Kriminal-Polizei, Zimmer 45, wird ein blauer, gut erhaltener Joppen-Anzug aufbewahrt, der anscheinend gestohlen ist. Interessenten wollen sich vorm. 8—10 und nachm. 3—5 Uhr im genannten Dienstzimmer melden.

Aus dem Landkreise Bochum.

× **Gerthe**, 11. Febr. Der M.-G.-V. „Eintracht" (1881) wählte in seiner Generalversammlung folgende Herren in den Vorstand: Herr W. Klusemann, welcher den Verein schon 23 Jahre leitet wurde zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt. 2. Vorsitzender Aug. Blackmann, 1. Schriftführer Heinr. Hohmann, 2. Schriftführer Heinr. Brannscher, Kassierer Fritz Schnelle, 1. Notenwart Bernh. Herweg, 2. Notenwart Herm. Berg. Beisitzer wurden: Aug. König, Carl Beisemann, Fritz Heyer und Wilh. Lindemann. Der Verein, welcher im vorigen Jahre sein 40jähriges Jubiläum feierte, erfreut sich in der Bürgerschaft allgemeiner Beliebtheit. Der Verein zählt zur Zeit 80 aktive und über 200 passive Mitglieder. Der Kassenbericht weist einen Bestand von ca. 6000 Mk. auf. Es wurde beschlossen, im Laufe des Sommers eine dreitägige Sängerfahrt zu machen. Am 19. d. M. veranstaltet der Verein einen Volksliederabend.

Aus der Nachbarschaft.

ki. **Herne**, 11. Febr. Straßenbahnprojekt Herne-Hochlarmark. Da das Vorkriegsprojekt einer Straßenbahn Herne-Herten-Westerholt von den Westfälischen Kleinbahnen wegen zu hoher Kosten und mangelnder Rentabilität nicht mehr ausgeführt werden kann, wünscht Herne den Bau des Teilstückes Herne-Hochlarmark, für das ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis besteht wodurch auch die Rentabilität gesichert erscheint. Es handelt sich um die Verbindung der Zechen und Kolonien der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft in Herne (v. d. Heydt und Julia), in Recklinghausen-Süd (Recklinghausen I/II) und in Hertener Ortsteil Hochlarmark (Recklinghausen III/IV), ferner um die Erschließung des städtischen Industriegeländes am Rhein-Herne-Kanal, um den verkehrlichen Anschluß des Ortsteils Baukau an das Herner Verkehrszentrum, sowie um die Ermöglichung eines Ausflugsverkehrs nach dem Hertener Wald. Die neue Strecke, für die eine den modernen Verkehrsgrundsätzen angepaßte geradere Linienführung angestrebt wird, als sie der Plan der Westfälischen Kleinbahnen vorsah, soll in Baukau von der Linie Herne-Höntrop abzweigen und mit der Straßenbahn Castrop-Sodingen-Herne zu einer Strecke zusammengeschlossen werden. Die alte Linienführung würde bei 5 Kilometer Länge etwa 7,5 Millionen Mark Baukosten erfordern, die neu vorgeschlagene Linienführung dagegen bei 3,75 Kilometer Länge nur etwa 5,75 Millionen Mark. Wie der „Herner Anzeiger" meldet, hat der Verkehrsverein die Stadtverwaltung bereits um die erste Aufstellung des Projekts gebeten: auch steht der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk dem Plane freundlich gegenüber.

* **Wattenscheid**, 11. Febr. Neue Notgeldscheine. Neben den bewährten Aluminium-Geldstücken zu 50 Pfg. hat jetzt die Stadtverwaltung noch Notgeldscheine herausgegeben, die von Sammlern ohne Zweifel stark begehrt sein werden. Es sind künstlerisch ausgestattete Scheine zu 50 Pfg., 1, 2 und 3 Mk. Auf der einen Seite befinden sich wohlgelungene Bilder aus dem untertirdischen heimischen Bergbau mit kurzen, packenden Versen, z. B.: „Dem deutschen Knappen sei's vergönnt, — durch Fleiß und kühnes Wagen — am Platz, den man den Weltmarkt nennt, — den Sieg davonzutragen." Die Bilder sind gezeichnet von dem Markscheiderassistenten Schaffstein von hier (Zeche Centrum).

* **Günnigfeld**, 11. Febr. Gemeinderat. Den vom Gaswerk mitgeteilten Gaspreisen wird zugestimmt. Gemeindevorsteher Tölle macht dann Mitteilungen über die Verhandlungen mit dem Elektrizitätswerk wegen Einführung elektrischer Beleuchtung. Die Leitung soll bis zur Falkschule als Kabelleitung gelegt werden, von daher geht sie als Luftleitung durch die Gemeinde. Die Anlage wird unentgeltlich den Interessenten bis ins Haus gelegt, die einzelnen Lichtanlagen macht dann jeder auf seine Kosten. Das Elektrizitätswerk liefert für Kraftzwecke bis 500, für Lichtanlagen bis 220 Volt. Es ist eine Summe von 700 000 Mk. zu bewilligen. Die Verzinsung und Amortisation des Kapitals soll aufgebracht werden durch einen geringen Aufschlag auf den Preis der Kilowattstunde. Einen Teil der Gaslampen hat man bereits eingehen lassen. Die Beleuchtung ist schlecht und teuer. Bis zum 15. Februar sollen auch die noch vorhandenen Laternen eingehen. Gemeindevertretung ist mit der Anlage einverstanden und bewilligt die erforderliche Summe. An Stelle des nach Wattenscheid verzogenen katholischen Waisenrates, Hauptlehrer Keinhorst, wird Lehrer Ottenkötter gewählt. Die an die Lehrkräfte zu zahlende Entschädigung für den Besuch von Lehrerkonferenzen wird auf 25 Mk. erhöht. Durch die tatkräftige Hilfe des Assessors Dill-Wattenscheid ist es dem Amtmann Baumann gelungen, mit den industriellen Werken eine günstige Steuervereinbarung abzuschließen. Die Kruppschen Anlagen zahlen nach diesem Uebereinkommen 1 250 000 Mk., Zeche Centrum 225 000 Mk., Rheinelbe und Magdeburg 66 000 Mark. Gemeindevertreter sind einverstanden. Amtsobersekretär Jansen erläutert in längerer Darlegung einen den Vertretern vorliegenden Vorschlag für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer. Dem Vorschlage wird zugestimmt. Gemeindevorsteher Tölle macht darauf aufmerksam, daß es erforderlich sei, die Kosten für die Bäder in der Badeanstalt zu erhöhen. Vertretung ist damit einverstanden, daß die Preise auf 4 Mk. für Wannenbäder und 2 Mk. für Brausebäder festgesetzt werden.

th. **Stiepel**, 11. Febr. Diebesfrechheit zeigten zwei Männer, als sie nachts auf den Turm des Turbinenwerkes kletterten, am Blitzableiter hochklommen und die Platinspitze absägten. Als sie nach vollbrachter Arbeit das Werk verließen, wurden sie vom Wächter bemerkt, leider aber nicht angehalten. — Eine feine Auswahl trafen die Diebe, die in einer Wirtschaft in der Hauptstraße einbrachen, außer dem besten Wein, nahmen sie auch den vorhandenen Sekt und Würstchen mit. — In einem Hause auf der Ruhrstraße holten Diebe Getränke und Lebensmittel und sieben Hühner aus dem Hause. — Der Ruhrbetrieb über die Ruhr bei Haus Kemnade und Diergardt mußte wegen Eisgang der Ruhr eingestellt werden. — Festgenommen wurde der Arbeiter Johann K. aus Witten. Er hatte bei seinem Abgange aus dem Krankenhause Kleidungsstücke gestohlen und einem Kranken Geld entwendet. Wegen begangener Urkundenfälschung wurde er gefaßt.

th. **Welper**, 11. Febr. Bei einem Schaufenstereinbruch bei einem Vorkosthändler wurden Lebensmittel im Betrage von 1000 Mk. gestohlen. — Eine schwere Schädelverletzung erlitt der Putzer August Freisewinkel. Ihm wurde auf der Arbeitsstelle ein Stab gegen den Kopf geschleudert. — Ein größerer Geldbetrag wurde dem Arbeiter F. aus seinem Logis gestohlen. Als Dieb kommt ein Mitarbeiter in Frage. — Beschlagnahmt wurden von der Polizei gestohlene Wäscheteile. — Der Arbeiter W. betrog mehrere Arbeitskameraden um Geldbeträge und verschwand dann ohne Zahlung. — Bei einem Einbruchsdiebstahl wurde einem Arbeiter eine Hose im Werte von 350 Mark gestohlen.

th. **Blankenstein**, 11. Febr. Einen gemeinen Streich führte ein Arbeiter K. aus, der die Abwesenheit seines Schlafkollegen dazu benutzte, diesem 3000 Mark entwendete und dann flüchtete.

Aus den Provinzen.

* **Iserlohn**, 11. Febr. Ein tragischer Vorfall ereignete sich bei dem Begräbnis des Arbeiters Wasser, der von der Straßenbahn überfahren und getötet wurde. Während an dem offenen Grabe ein Gesangverein gerade ein Lied sang, zog die Witwe einen Revolver hervor und schoß sich eine Kugel in die Schläfe. Sie brach blutüberströmt und bewußtlos zusammen. Sie wurde in das Krankenhaus überführt, an ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Die Ehe der Beiden war sehr glücklich, sie blieb aber kinderlos.

* **Essen**, 11. Febr. In der Stadtverordnetensitzung wurde die in dem Eingemeindungsvertrage mit der Stadt Essen vorgesehene Frist zur Regelung der Gemeindegrenze zwischen Bredeney und Kettwig-Land auf Antrag des Landkreises wiederum mit Rücksicht auf die noch schwebenden Eingemeindungsverhandlungen auf ein Jahr bis 1. April 1924 verlängert. Die Wiedervereinigung der Realschule Essen-West mit der Krupp-Oberrealschule wurde beschlossen. Als Direktor für die Krupp-Oberrealschule wurde Dr. Schniepenkötter-Recklinghausen in namentlicher Abstimmung gewählt. Für die vom Landtag beschlossene Erhöhung der Ausgleichszulage der ersten 10 000 Mk. des etatsmäßigen Einkommens der Beamten und Angestellten von 20 auf 40 Proz., welche ohne weiteres auf die städtischen Beamten und Angestellten Anwendung findet, wurden die erforderlichen Mittel für das erste Vierteljahr vom Januar bis April von zusammen 1 400 000 Mk. bewilligt.

* **Krefeld**, 11. Febr. Eine Dienstmagd hatte in der letzten Zeit fünf Stellen, und in allen hat sie in umfangreicher Weise gestohlen. Dadurch hat sie sich eine ganze Aussteuer und in einem Falle auch 20 000 Mark Papiergeld zusammengebracht. All die schönen Sachen hat sie aber wieder herausrücken müssen, und die Strafkammer verurteilte das ungetreue Dienstmädchen noch zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

Handel / Industrie / Verkehr

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. Bochum.

Der vorliegende Bericht des Vorstandes umfaßt das erste Geschäftsjahr der Interessengemeinschaft mit der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, der Siemens und Halske A.-G., Berlin, und der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co., Nürnberg. Der Vorstand stellt fest, daß die an die Interessengemeinschaft geknüpften Erwartungen auf ein erfolgreiches geschäftliches Zusammengehen schon jetzt verwirklicht worden sind. Der Betrieb ist auf allen Abteilungen ohne größere Störung verlaufen. Leiden haben gleich zu Beginn des neuen Geschäftsjahres wilde Streiks auf verschiedenen Werken schwere Erschütterungen hervorgerufen, die dem Unternehmen und der Arbeiterschaft große Verluste bereiteten. Für Neuanlagen wurden insgesamt 32 805 203,40 Mk. verausgabt. Das laufende Jahr erfordert ganz erhebliche Mittel für dringend notwendige Betriebsausgestaltungen und für den Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres läßt sich nichts sagen. Zurzeit sind die Betriebe gut beschäftigt, können aber infolge der Koks- und Kohlennot nicht annähernd ausgenutzt werden. Die Schwankungen des Markkurses in den letzten Monaten haben die Grundlagen der Wirtschaft von neuem schwer erschüttert. Langfristige Ein- und Verkäufe, die für eine stetige Betriebsführung notwendig sind, können nur unter großen Risiken abgeschlossen werden. Hierdurch ist ein ungesundes spekulatives Moment in die Betriebe getragen, das diesen früher unbekannt war. Für Steuern und soziale Lasten wurden insgesamt 207 509 849 Mk. verausgabt. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug im Monatsdurchschnitt 46 710. Der Ueberschuß sämtlicher Abteilungen beträgt nach Abzug aller Betriebsausgaben, Handlungs- und Bürounkosten, Beiträge zu Vereinigungen, Berufsgenossenschaften, Knappschaftsvereinen, Unterstützungen von Beamten und Arbeitern, Steuern, Anleihe- und Hypothekenzinsen 68 753 760,86 Mk. Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahre von 698 529,47 Mk. ergibt sich somit ein Rohgewinn von 69 452 290,33 Mk. In Gemäßheit des Beschlusses des Aufsichtsrates vom 13. Januar 1922 sollen hiervon zu Abschreibungen auf Anlage-Werte in Abgang gebracht werden 30 000 000 Mk. während der Rest von 39 452 290,33 Mk., wie folgt zu verwenden beantragt wird: 1. Rückstellung für Talonsteuer 400 000 Mk., 2. Rückstellung für Kleinwohnungsbauten 10 000 000 Mk., 3. 20 Prozent Dividende auf die Stamm-Aktien 26 000 000 Mk., 4. Tantieme an den Aufsichtsrat 1 389 225,65 Mk., 5. Vortrag auf neue Rechnung 1 663 064,68 Mk. Die Vorzugs-Aktien bleiben nach § 27 der Satzungen dividendenlos. Die mit der Gesellschaft in Betriebsgemeinschaft stehenden Werke haben befriedigend gearbeitet; die Stahlwerke Brüninghaus verteilten 30 Prozent Dividende, die Firma Thomee A.-G. 30 Prozent Dividende, die Carl Berg A.-G. 20 Prozent Dividende. Die übrigen Werke der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union werden ihren Generalversammlungen, gemäß ihrer Beteiligung in der Interessengemeinschaft, einen gleichen bezw. entsprechenden Dividendensatz wie wir vorschlagen, während der Bochumer Verein gemäß dem mit ihm geschlossenen Sonderabkommen eine um 10 Prozent höhere Dividende zur Verteilung bringen wird.

Die Lage der Rheinisch-Westfälischen Großeisen-Industrie.

Bei Erledigung der schwebenden Aufträge machte sich im Januar die unzureichende Koks-Versorgung der Hüttenwerke als eine Folge der erhöhten Anforderungen der Feindbundstaaten sehr störend bemerkbar. Ein erheblicher Ausfall in der Roheisenerzeugung, verbunden mit starkem Rückgang in der Stahlerzeugung, waren die Auswirkungen. Die mangelnde Einheitlichkeit, die Ende Dezember den Eisenmarkt gekennzeichnet hatte, hielt weiter an. Das Stabeisengeschäft bewegte sich in ruhigeren Bahnen. In der ersten Hälfte des Monats Januar war die Nachfrage gering. In der zweiten Hälfte verstärkte sie sich zusehends, wobei sicherlich die (inzwischen eingetretene) Möglichkeit einer Preiserhöhung ab 1. Februar wesentlich beigetragen hat. Der Bedarf scheint augenblicklich noch recht stark zu sein und wird wohl auch in den kommenden Monaten kaum nachlassen, da ein großer Teil der Industrie, wie z. B. die Waggon- und Maschinenfabriken und die Konstruktionswerkstätten, auf längere Zeit noch sehr stark beschäftigt und auch große Objekte, u. a. auch für den Wiederaufbau, noch in der Schwebe sind. Auch für Formeisen war zu den bestehenden Richtpreisen Kaufbegehr vorhanden. Schweres Eisenbahnmaterial war im Inlande gesucht. Auf anderen Gebieten des Eisenmarktes sah es dagegen stiller aus. Nachdem mit der Besserung der Mark die Saar wieder wettbewerbsfähig geworden ist, wurde Halbzeug vermehrt angeboten. Die Nachfrage nach Walzdraht ist ebenfalls nicht mehr so stark; die Walzdrahtverfeinerung ist auf Ausfuhr angewiesen; dabei haben sich Schwierigkeiten ergeben, sich mit den gegenwärtigen Preisen gegen den ausländischen Wettbewerb zu behaupten. Auch im Absatz der Bleche ist unverkennbar ein Rückgang eingetreten.

Das Auslandsgeschäft war im Januar ruhig, da die in außerdeutschen Ländern erzielten Preise dem Inlandpreise gegenüber kaum noch Vorteile bieten, ja zum Teil schon unter diesem liegen, hat die Ausfuhr nachgelassen. Weltmarktpreise und deutsche Inlandpreise sind auf der ganzen Linie fast die gleichen. Die französische Regierung hat zur Hebung des Ausfuhrgeschäftes die Frachten zur Eisenerzeugung nach den französischen Ausfuhrhäfen um weitere 15 Proz. also auf 40 Proz. ermäßigt. In Deutschland tritt dagegen am 1. Februar 1922 eine neue Frachterhöhung von 33 Prozent ein, so daß der Export über deutsche Häfen für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet kaum noch in Frage kommt. Außerdem vermindern die unlängst erhöhten Ausfuhrabgaben erheblich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werke mit ihrer außerdeutschen Konkurrenz.

Welche Entwickelung die Lage auf dem Eisenmarkt nehmen wird, ist vollständig undurchsichtig. Die kommende Gestaltung unserer Absatzverhältnisse entzieht sich jeder sicheren Einschätzung. Bei der Beurteilung des Weltmarktes ist angesichts des Bestrebens des Auslandes, um jeden Preis, selbst in Deutschland, Arbeit für seine Werke zu erhalten, besondere Zurückhaltung geboten. Die Entwirrung der augenblicklich noch ungeklärten außenpolitischen Lage mit ihrem Einfluß auf den Marktstand wird letzten Endes ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Gegenwärtig ist der Eisenmarkt durch einen gewissen Schwebezustand in Verbindung mit Anzeichen des Abbröckelns gekennzeichnet.

Was gilt die deutsche Mark im Ausland?

Für 100 deutsche Mark wurden gezahlt:

	vor dem Kriege	Mitte dies. Woche	Mitte v. Woche	Währung des Landes
Nordamerika	23,80	0,4930	0,49⅞	Dollar
Frankreich	125,40	5,81	5,43/16	Franken
England	97,80	2,29	2,32	Shilling
Italien	125,40	10,50	11,—	Lire
Holland	69,20	1,33	1,335	Gulden
Oe.-Oesterreich	117,80	3571,40	—,—	Kronen
Tsch.-Slow.	117,80	26,25	26,—	Sokols
Ungarn	117,80	322,—	336,13	Kronen
Schweiz	125,40	2,52½	2,55	Franken
Schweden	34,80	1,93	1,98	Kronen
Norwegen	88,80	3,10	3,25	Kronen
Dänemark	88,80	2,67	2,90	Kronen
Finnland	125,40	24,25	24,8	finn. Mk.

Die Bewertung der Mark in der abgelaufenen Berichtswoche hat keine allzu große Veränderung mit sich gebracht. Immerhin muß aber mit großem Bedauern festgestellt werden, daß die früher zu verzeichnen gewesene Aufwärtsbewegung zum Stillstand gekommen ist, ja, daß sie sogar wiederum zu einer, wenn auch geringen, so doch immerhin recht bedauerlichen Verschlechterung der Bewertung der Mark geführt hat. Fragt man nach den Gründen, so ist es natürlich ohne weiteres einleuchtend, daß einem Volke durch einen mutwillig vom Zaune gerissenen Eisenbahnerstreik selbstverständlich die schwersten Schäden zugefügt werden, und es liegt auf der Hand, daß das Vertrauen in die allgemeine Verwaltung eines Landes gering sein muß, wenn es einer kleinen Gruppe von Menschen möglich ist, das gesamte Wirtschaftsleben eines Landes, wenn auch nur auf eine kurze Spanne Zeit, auf das Allerschwerste zu schädigen und zu unterbrechen. Der hinter uns liegende Eisenbahnerstreik wirkt in mehrfachem Sinne ungünstig auf die deutsche Währung ein, einmal durch den enormen Ausfall, den der Staat in erster Linie und die Volkswirtschaft im ganzen in zweiter Linie erlitten hat, und der in einer neuen Notenanschwellung, d. h. in einer Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes notwendigerweise seinen Ausdruck finden muß, und zweitens auch in der Tatsache, daß das Ausland die Kaufkraft der Mark heruntersetzt. Dies ist auch nahezu ausnahmslos an allen fremden Börsen der Welt der Fall gewesen, darüber darf auch nicht hinwegtäuschen, daß die Verschlechterung nur eine geringfügige ist. Man muß sich bei der Beurteilung der Bewegung der Tatsache bewußt sein, daß vor Einsetzen des Eisenbahnerstreiks die Valuta eine Aufwärtsbewegung annahm, welche neben anderen Gründen zum guten Teil durch die leichtfertige Handlung der Lokomotivführer ihr vorläufiges Ende erreicht hat.

Amtliche Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen	10. Februar Geld	10. Februar Brief	11. Februar Geld	11. Februar Brief	Höchst. bish. G.
Holland 100 G.	7332,65	7347,35	7452,50	7467,50	10639,3
Belgien 100 Fr.	1628,35	1631,65	1635,35	1639,65	2172,80
Norwegen 100 Kr.	3256,70	3263,30	3281,70	3288,30	4260,70
Dänemark 100 Kr.	4070,95	4049,05	4055,90	4104,10	5544,45
Schweden 100 Kr.	5124,85	5135,15	5174,80	5185,20	6899,10
Italien 100 Lir	969,—	971,—	966,50	971,50	1273,30
England 1 St.	860,10	861,90	869,10	879,90	1178,80
Amerika 1 D.	197,55	197,95	199,80	200,20	309,69
Frankreich 100 Fr.	1700,75	1704,25	1703,25	1711,75	2237,75
Schweiz 100 Fr.	3838,65	3846,36	3901,05	3908,85	5744,25
Spanien 100 Pes.	3106,85	3113,15	3131,85	3138,15	4165,80
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	6,93	6,97	6,83	6,87	—,—
Tsch.-Slow. 100 Kr.	371,60	372,40	375,20	375,90	397,10
Ungarn 100 Kr.	30,86	30,94	30,40	30,48	—,—

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Dienstag, den 14. Februar 1922.

Ortsgruppe Lacr, abends 8 Uhr, bei Kuhweide (früher Romberg), Monatsversammlung. Redner: Herr Köster-Werne.

Jugendgruppe Bochum-Stadt, abends 8 Uhr, bei Märker, Ferdinandstraße 44, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr R. Neukirchen-Bochum.

Jugendgruppe Brenschede, abends 8 Uhr im „Haus Brenschede", wöchentliche Zusammenkunft

Jugendgruppe Grumme, abends 8 Uhr in der „Kaiseraue", wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Fr. Wienkop.

Jugendgruppe Riemke, abends 8 Uhr bei Jäger, Hernerstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr W. Schloßmann-Bochum.

Jugendgruppe Querenburg, abends 8 Uhr bei Schneider (früher Schäper), wöchentliche Zusammenkunft.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.50 M. bei Vorauszahlung

Allg. Ortsgr., Biertisch, jeden 1. u. 3. Dienstag, 8½ Uhr abds., bei Velten, Alleestr. 9.

Persil



das selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.
Wäscht mühelos, schnell und billig! Preis das Paket M. 7.-
Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,
auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Ausführung und Instandhaltung
elektr. Anlagen
Reichhaltiges Lager.
Karl Schröder,
Rottstr. 39, Fernr. 48